



סולידריות solidarität

חילופי משלחות האיגודים המקצועיים - ישראל-גרמניה
israelisch-deutscher gewerkschaftsaustausch

**Besuch
DGB-Bildungswerk Thüringen /
Arbeit und Leben Thüringen
in Israel
Histadrut und Hano'ar Ha'oved
1. – 11. März 2004**

Inhalt	Seite
Vorwort	2
Programmübersicht	3
Berichte	4 – 28
Text zur Sicherheitssituation aus subjektiver Sicht	29
Anhang (Beileidsschreiben, Rezept)	31

Kontakt:

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.
Julika Bürgin
Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt
Telefon ++49-361-2172711
Fax ++49-361-2172727
Mail julika.buergin@dgb-bwt.de

Am 1. März 2004 starteten wir mit 14 Personen vom Frankfurter Flughafen nach Israel; zwischen 19 und 50 Jahren alt (die meisten zwischen Anfang 20 und Anfang 30), aktiv in Gewerkschaften, sozialen Initiativen und Geschichtsprojekten. Unsere Fahrt war der Start eines gewerkschaftlichen Austauschs zwischen dem israelischen Gewerkschaftsverband Histadrut (Bezirk Ashdod-Ashkelon), dem gewerkschaftlichen Jugendverband Hano'ar Ha'oved we Halomed, dem DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Arbeit und Leben Thüringen e.V. und der DGB-Jugend Thüringen. Ermöglicht wurde der Jugendfachkräfteaustausch durch die Förderung von ConAct und dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel.

Die Vorbereitung der Reise hatte genau 9 Monate gedauert. Bereits im Juni 2003 nahmen wir Kontakt mit David Levy von der Internationalen Abteilung der Histadrut auf. Mit der Anfrage, einen Austausch zu organisieren, stießen wir sofort auf offene Ohren. Im Oktober 2003 reisten Barbara Schäuble und Julika Bürgin zur Vorbereitung unserer Begegnung für einige Tage nach Israel.

Nach zahlreichen Vorbereitungstreffen und einem Wochenendseminar trafen wir am Abend des 1. März gut vorbereitet und aufgeregt in Tel Aviv ein. Wir wurden von David Levy und Hadar Naim, der den Austausch für Hano'ar Ha'oved koordinierte, herzlich empfangen. Vor uns lagen 10 intensive Tage, an denen wir uns mit den drei Schwerpunkten der Reise beschäftigen würden:

- der Arbeit der Histadrut und der Jugendarbeit von Hano'ar Ha'oved we Halomed,
- der Bedeutung des Nationalsozialismus für die Menschen in Israel und für das israelisch-deutsche Verhältnis,
- dem Nahost-Konflikt und den Perspektiven für Frieden.

Wir erhielten detaillierte und differenzierte Informationen zu allen Themen,

die wir mit dieser Dokumentation weiter geben möchten. Wir tun dies vor dem Hintergrund rückläufiger deutsch-israelischer Austauschprogramme und eines öffentlichen Klimas in Europa, in dem zunehmend Israel zum Verursacher der Konflikte in Nahost erklärt wird. Mit der Dokumentation möchten wir dazu beitragen, sich der israelischen Gesellschaft mit Neugier, Empathie und Kritikfähigkeit anzunähern aber auch dazu anregen, eigene Bilder zu hinterfragen.

Kaum wiedergeben können wir in der Dokumentation, was jenseits der Informationen geschah: lebhaftes Diskussions, Unsicherheiten, lange Gespräche bei unseren vielen Busfahrten, entstandene Freundschaften. Allen, die neugierig geworden sind, empfehlen wir, selbst nach Israel zu fahren. Und die Sicherheitssituation? Wir haben uns damit auseinandergesetzt, einige Regeln vereinbart und sind schließlich ohne Panik gereist, wenngleich viele trotzdem ein mulmiges Gefühl hatten. Am Tag unserer Rückkehr wurden bei einem islamistischen Bombenanschlag in Madrid zweihundert Menschen getötet.

Als unser Aufenthalt am 11. März zu Ende ging, waren wir erfüllt von Eindrücken und betrübt, uns von unseren israelischen KollegInnen und FreundInnen verabschieden zu müssen. Aber wir konnten konkrete Vereinbarungen für unsere weitere Zusammenarbeit mitnehmen: eine Mailingliste aller am Austausch Beteiligten wurde bereits eingerichtet, Homepage und Newsletter sollen folgen. Mit großer Vorfreude erwarten wir den israelischen Rückbesuch Anfang 2005.

Unser großer Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen in Israel, die ein spannendes Programm organisiert und uns mit großer Offenheit und Wärme empfangen haben. Besonders danken wir David Levy, seinem Vertreter Ori Strassberg, Hadar Naim und Ruthy Ben Ami, unserer Übersetzerin. Wir freuen uns darauf, euch alle wieder zu sehen!

Andreas Barthel
Ulrike Breitsprecher
Julika Bürgin
Anika Fiedler
Caroline König
Dagmar Lieske
Frank Lipschik
Angelo Lucifero
Pierre Mosbeux
Horst Raupp
Steffen Reißig
Barbara Schäuble
Franziska Stübgen
Tanja v. Fransecky

Programm

Zeit		Seite
	Montag, 1. März	
19:50	Ankunft Ben Gurion, Empfang durch Histadrut und Hanoar Haoved we Halomed, Fahrt zum International Institute Beit Berl	4
21:00	Abendessen und Begrüßung durch den Leiter des International Institute Beit Berl und die FES	
	Dienstag, 2. März	
09:00	Vorstellung des International Instituts Beit Berl	
09:30	Führung in Beit Berl (College)	5
10:30	TeilnehmerInnenvorstellung, Programm, technische Fragen	
11:30	Fahrt nach Tel Aviv – Histadrut Gebäude	
13:00	3 Generationen der Histadrut – Referat und Gespräch	6
15:00	Stadtrundgang in Tel Aviv: Eine Stadt wächst aus der Wüste – Schwerpunkt Bauhaus	7
16:00	Strand	
18:30	Abendessen und Empfangsparty in der Kommuna von Hano'ar Ha'oved in Tel Aviv-Yaffo	8
	Mittwoch, 3. März	
08:30	Fahrt nach Ashdod/Ashkelon und Hano'ar, Bezirk der Histadrut	9
10:00	Empfang durch Bezirksvor-sitzenden und Hano'ar Ha'oved Leiter, Besuch einer Berufsschule und Gespräche	
12:30	Fahrt nach Ashkelon zum Betrieb „Ashot Ashkelon“, Mittagessen	
13:15	Betriebsbesichtigung und Gespräch mit Betriebsrat	
16:00	Hano'ar Ha'oved 'Ken': Nachmittagserziehungsarbeit, Treffen mit Jugendlichen von Hano'ar Ha'oved	10
	Donnerstag, 4. März	
08:30	Fahrt Nach Giva'at Haviva	11
10:00	Ankunft, Erfrischung und Vorstellung des Zentrums	
10:30	Israelisch-Palästinensischer Konflikt – Vortrag und Diskussion	
12:15	Vorbereitung auf den Ausflug entlang der 'Grünen Linie'	
13:45	Die 'Grüne Linie' und der Trennungszahn	
17:00	Tee im Kibbuz Mishmar Ha'emek	
20:30	Zurück in Beit Berl: Kurze Reflexion der letzten Tage	
	Freitag, 5. März	
09:00	Fahrt nach Lochamei Hageta'ot – Kibbuz der Ghettokämpfer: Besichtigung des Museums	14
15:00	Fahrt zum Kibbuz Ravid	16
17:00	Workshop Hame'orer in Bezug auf den Besuch	
19:00	Abendessen im Kibbuz Ravid und Vorstellung des Kibbuz	
22:00	Rückfahrt zum Kibbuz Lochamei Hageta'ot	
	Samstag, 6. März	
9:30	Besichtigung des Kibbuz Lochamei Hageta'ot	
10:30	Führung im Kinder Museum	17
11:30	Fahrt zum Kibbuz Eshbal: Eshbal und seine Projekte	18
14:00	Zwischenauswertung	
	Sonntag, 7. März	
07:30	Fahrt Nach Jerusalem	19
09:00	Yad Vashem: Führung, gemeinsame Zeremonie im 'Tal der Gemeinden', Gespräch, Lunch	
15:00	Stadtrundfahrt mit Rundgang in der Altstadt	20
19:00	Abendessen mit FES Ostjerusalem, Gespräch	21
	Montag, 8. März	
10:00	Gespräch mit der deutschen Botschaft in Tel Aviv	23
14:45	Die Histadrut und Gastarbeiter in Israel	24
17:30	Hano'ar Ha'oved Zentrum: Planung der weiteren Zusammenarbeit	25
	Dienstag, 9. März	
13:30	Besuchsauswertung	
16:00	Gespräch mit FES: Frauen in Israel, Friedenspolitik	26
	Mittwoch, 10. März	
08:30	Abfahrt nach Massada	28
15:00	Baden im Toten Meer	
21:00	Abschlussparty	
	Donnerstag, 11. März	
11:00	Abfahrt zum Flughafen	

Shalom Israel !



Nach umfangreichen Sicherheitskontrollen am Frankfurter Flughafen und einem vierstündigen Flug über die Alpen und das Mittelmeer landeten wir am Abend des 1. März am Ben-Gurion-Flughafen in Tel Aviv. Was für eine Wärme! Als wir starteten, war es noch Winter und nach der Landung auf einmal Frühling. Über 20 Grad warm war es noch am Abend, auch für Israel in dieser Jahreszeit überdurchschnittlich, wie wir erfahren sollten. Die Palmen vor dem Flughafen passten wunderbar.

David Levy und Hadar Naim empfingen uns im Flughafen. Wir waren erfreut, David zu sehen, denn eigentlich sollte er bereits für ein Sabbat-Jahr in Deutschland sein. Seine Abreise hatte sich aber (wegen deutscher Bürokratie, ein Visum auszustellen) etwas verschoben, so dass er uns in den folgenden Tagen teilweise begleiten konnte. Davids Vertreter, Ori Strassberg, stieß am nächsten Tag zu uns. Mit David hatten wir unseren Austausch vorbereitet. Für den Jugendverband Hano'ar Ha'oved we Halomed hatte einige Wochen vor unserem Abflug Hadar Naim die Verantwortung für unseren Austausch übernommen. Hadar kannten wir daher vom Telefon und von e-mails und freuten uns sehr, ihn kennen zu lernen.

Mit dem Bus fuhren wir vorbei an Tel Aviv nach Beit Berl. Tel Aviv schien gar kein Ende zu nehmen, später erfuhren wir, dass im Großraum Tel Aviv mehrere Städte fast zusammengewachsen sind. Vor un-

serer Ankunft in Beit Berl informierten uns David und Hadar über diesen Ort. Er ist das akademische Zentrum der Arbeiterbewegung und besteht heute aus zwei voneinander unabhängigen Einrichtungen: Dem College Beit Berl und dem Internationalen Institut der Histadrut Beit Berl, in dem wir in den nächsten Tagen wohnen würden.

Nachdem wir unsere Zimmer bezogen hatten, wurden wir auch schon zum Abendessen erwartet. Sami Ben Yaich, der Leiter des International Institute, hieß uns herzlich Willkommen. Begrüßt wurden wir auch von Hermann Buenz, dem Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Israel, und Micky Drill, dem Projektmitarbeiter, der für die deutsch-israelischen Gewerkschaftsaustauschprogramme bei der FES zuständig ist. Beide betonten, dass die FES die Kooperation mit der Histadrut beim deutsch-israelischen Gewerkschaftsaustausch zukünftig noch stärker inhaltlich begleiten wolle. Alle stellten sich kurz vor, da unsere Übersetzerin an diesem Tag noch nicht dabei war, lief alles auf englisch und zumindest ich war nach so vielen Eindrücken ziemlich froh, als wir uns nach einer Weile zu informelleren Gesprächen in die Kafeteria zurückzogen. Es gab israelisches Bier und Wein und „Lemonade“ - wir waren angekommen.

Julika

Gespräch mit Michael Freulich im Internationalen Institut der Histadrut Beit Berl

Am zweiten Tag wurden wir von Michael Freulich empfangen, der uns Informationen über das Internationale Institut mitteilte, in dem wir die ersten Tage untergebracht wurden. Das Institut ist nur eins von vermutlich fast dreißig größeren Gebäuden, die auf dem Gesamtareal untergebracht sind. Der größte Teil der Gebäude gehört zum heutigen College Beit Berl, das eine akademische Einrichtung ist, in der zahlreiche Studiengänge absolviert werden können.

Zuerst war das Internationale Institut ein afro-asiatisches Institut, das dem Erfahrungsaustausch zwischen Arbeitern verschiedener Länder dienen sollte. Auf Anfrage lateinamerikanischer ArbeitnehmerInnen öffnete es sich auch nach Lateinamerika sowie in den letzten Jahren verstärkt nach Zentral- und Osteuropa. In der Zeit des ägyptisch-jordanisch-israelischen Friedensprozesses wuchs das Interesse, an der israelisch arabischen Verständigung zu arbeiten. Rund 400.000 PalästinenserInnen haben in den vergangenen Jahren an Kursen in Israel teilgenommen.

In Beit Berl wird in 5 Sprachen ausgebildet: in Englisch, Französisch, Russisch, Arabisch und nicht zuletzt Hebräisch. 52.000 Leute (etwa 1.000 pro Jahr) kamen bisher nach Beit Berl für 1-4 wöchige Kurse, lernten in ihrer Sprache und machten Vor-Ort-Exkursionen. Oftmals handelt es sich um Angebote der beruflichen oder berufsnahen Bildung. So zum Beispiel Computerkurse. Es gibt auch gesonderte Angebote für Krankenschwestern, SozialarbeiterInnen, Schul- und Arabisch-LehrerInnen. Ausgebildet werden auch chinesische FremdarbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen von den Philippinen, die in Israel leben. Das Institut arbeitet weiterhin mit besonders schwierigen Jugendlichen aus anderen Ländern, zum Beispiel





Rundgang durch das College Beit Berl mit Nati von der Internationalen Abteilung des Colleges Beit Berl

aus Kolumbien. Sie verzeichnen durch den Umgebungswechsel sehr gute Ergebnisse. Aufgrund der Sicherheitslage kamen in den vergangenen Jahren sehr viel weniger TeilnehmerInnen an das Institut als zuvor. Auch der Anteil von TeilnehmerInnen aus den palästinensischen Gebieten ist extrem gesunken, weil die palästinensischen ArbeiterInnen befürchten, bei ihren KollegInnen auf Feindseligkeiten zu treffen, wenn sie nach Beit Berl gehen. Die schwierige Situation führt dazu, dass anstelle der ausländischen TeilnehmerInnen, für die das Institut eingerichtet wurde, derzeit überwiegend InländerInnen kommen.

Der Name Beit Berl (Haus Berls) geht auf Berl Katznelson zurück. Er gehört zu den frühen Einwanderern der zweiten Aliya 1909 aus Russland, der als sehr beeindruckende Person beschrieben wird. Er war Journalist, Verleger (u.a. der Histadrut-Zeitung Dawar) und machte sich einen Namen durch seine Anstrengungen, die Arbeiter-, Jugend- und Kibbuzbewegung zusammenzubringen. Berl Katznelson war Mapai-Aktivist (Mifleget Poalei Eretz Israel = israelische Arbeiterpartei, zionistisch-sozialistische Partei der linken Mitte, 1968 in der Koalition Avodah aufgegangen) und wird als spiritueller Vater Ben-Gurions gesehen. Lange bewegte ihn der Plan, eine „Universität der Arbeiter“ als Bewegungshochschule zu gründen. Nach seinem Tod wurden seine Pläne weitergeführt und 1946 wurde der Grundstein von Beit Berl gelegt.

Für uns war es überraschend und interessant, dass eine Gewerkschaft (noch dazu in einem kleinen Land, wie Israel) ein eigenes Institut unterhält, in dem sich Menschen aus anderen Ländern fortbilden und gemeinsam lernen können.

Barbara

Beit Berl ist heute die größte akademische Hochschule in Israel. Nati, die in der Internationalen Abteilung des Colleges arbeitet, ging mit uns über den Campus und erzählte von der Geschichte und Gegenwart der Hochschule. Während des Unabhängigkeitskrieges diente das Gelände der Armee. Ab 1949 wurde das Institut Ausbildungsstätte für die Jugendbewegung, die ArbeiterInnenbewegung, für Lehrer, Kindergärtnerinnen, Kibbuzmitglieder der Bewegung Ihud Hakvutzot Vehakibuzim und junge EinwanderInnen. Ideologisch stand es Mapai nahe. In den 70er Jahren wurde aus Beit Berl eine akademische Hochschule. Heute studieren dort 6.000 – 7.000 Personen. Besonders bedeutsam sind das allgemeine LehrerInnenseminar und das eigenständige arabische LehrerInnenseminar.

Das arabische LehrerInnenseminar ist wichtig, weil es vielen jungen arabischen Frauen aus den umliegenden Gemeinden die Möglichkeit zur Ausbildung und zur Weitergabe ihrer Erfahrungen gibt. Es umfasst vier zentrale Bereiche: Die arabische LehrerInnenhochschule, die Kunsthochschule, das Institut für multidisziplinäre Studien (Viktimologie, Jura, Übersetzung, Bibliothekarsausbildung) und die Pädagogische Hochschule (Kindergarten bis 10 Klasse).

An die Uni kommt man im Allgemeinen nur mit einem sehr guten Abitur. Dann muss man eine psychometrische Prüfung ablegen. Einzelne Abiturfächer können später – zum Beispiel bei der Armee - wiederholt werden, um Punkte für den Hochschulzugang zu erhalten. Das Studium dauert 4 Jahre und endet mit ei-

nem Bachelor of Education oder einem Lehrdiplom.

Das College selbst wird vom Unterrichtsministerium getragen. Das Gelände ist sehr hübsch, es gibt zum Beispiel einen sehr schönen botanischen Garten. Besichtigt haben wir auch die Zentralbibliothek, wo wie in vielen anderen öffentlichen Gebäuden am Eingang die israelische Unabhängigkeitserklärung hängt. Mit Hilfe von Spenden wurde die Bibliothek so gebaut, dass der große Lesesaal als Bunker fungieren kann. Im Fall eines Angriffs, wie er zum Beispiel während des ersten Golfkrieges befürchtet wurde, sollte der Lehrbetrieb weiter gehen können.

Abschließend kann ich für mich sagen, dass ich den Vortrag und den Rundgang interessant fand, weil er uns die Möglichkeit gegeben hat, mehr darüber zu erfahren, wo wir untergebracht waren. Besonders interessant aber fand ich eine Information, die wir erst sehr viel später in der Woche bekommen haben. Die Hano'ar Ha'oved hat mit dem Institut einen eigenen Ausbildungsgang entwickelt. Mitglieder der Jugendbewegung können dort Theorien und fachliche Grundlagen erwerben, die für ihre soziale Arbeit wichtig sind. Dafür studieren viele von ihnen einen Tag in der Woche gemeinsam in Beit Berl. Im Anschluss erhalten sie ein Zertifikat ohne Noten, das für sie wichtig ist, da viele Mittelzuwendungen von Seiten des Erziehungsministeriums von einer solchen Zertifizierung abhängig gemacht werden.

Informationen auf englisch: <http://www.beitberl.ac.il/>

Barbara



Gespräch mit drei Generationen von Histadrut



Nawaf Masalcha, der Leiter der Internationalen Abteilung der Histadrut, begrüßte uns zu dem Gespräch, bei dem wir die Möglichkeit bekamen, drei Generationen der Histadrut kennen zu lernen. Gideon Ben Israel, Shimson Rot, Gil Bar-tal und Jakov Nida informierten über die Geschichte und die Entwicklung des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut, der 1920, also noch weit vor der Gründung des Staates Israel, gegründet wurde.

Die Histadrut habe drei Hauptziele formuliert: Sicherheit für die SiedlerInnen, Arbeitsplätze und Schaffung sozialer Einrichtungen, insbesondere im Gesundheitswesen. Arbeit sei gewissermaßen eine „neue Religion“ und die Gewerkschaft über viele Jahre hinweg der einzig nennenswerte Arbeitgeber in der gesamten Region gewesen. Die ökonomische Struktur sei von Gemeinwirtschaft geprägt gewesen. Die größten Banken, die größten Betriebe, der Wohnungsbau und der Transportbereich hätten der Gewerkschaft gehört.

Vor der Staatsgründung sei die Gewerkschaft dezentral, als Verein der ArbeitnehmerInnen auf örtlicher Ebene organisiert gewesen. Histadrut habe alle ArbeitnehmerInnen mit Ausnahme der LehrerInnen, die eine eigene Gewerkschaft gründeten, organisiert.

In dem Statut von 1920 sei festgelegt gewesen, dass Mitglied werden kann, wer

von eigener Arbeit lebt bzw. im Rahmen einer Genossenschaft produziert, d. h. dass auch Selbständige Mitglied der Histadrut werden konnten. In den 70er Jahren seien dann auch ArbeitgeberInnen mit wenigen Beschäftigten als Mitglied aufgenommen worden.

Die Entlohnung in den Gewerkschaftsbetrieben sei auch von der Familiengröße/Bedarf abhängig gewesen (Familienlohn). Die Eltern kinderreicher Familien erhielten höhere Löhne.

1922 auf dem 2. Kongress der Histadrut sei die Gründung einer Arbeiterbank beschlossen worden, mit deren Unterstützung bestehende Betriebe vergrößert und neue Betriebe gegründet worden seien.

In der gewerkschaftseigenen Krankenkasse seien bis zu 70 Prozent der Bevölkerung versichert gewesen. Jede/r Versicherte sei automatisch Gewerkschaftsmitglied gewesen. Heute müsse für die Mitgliedschaft ein Antrag gestellt werden.

Allein in den gewerkschaftseigenen Kliniken seien mehr als 30.000 KollegInnen beschäftigt gewesen. Auch die Elektrizitätswerke seien im Besitz der Gewerkschaft gewesen. Die Kooperation mit der Arbeitspartei sei von Anfang an sehr eng gewesen.

Die Histadrut habe ihre Arbeit auf vier Säulen gestützt:

1. Arbeitervertretung
2. Arbeiterwirtschaft
3. Kultur
4. Sozialversorgung

Die 1. Generation der Histadrut habe vorwiegend aus Flüchtlingen der russischen Revolution bestanden. Der Begriff „Räte“ und der starke Zentralismus, der die Organisation bis in die 70er Jahre begleitete, erinnerten daran. Leider gingen die KollegInnen der Histadrut nicht

darauf ein, wann die Entwicklung zur Zentralistischen Organisation begann. Unseren Recherchen nach setzte diese mit der Staatsgründung ein.

1994 sei aus der Histadrut die „neue Histadrut“ geworden. Dies habe eine deutliche Zäsur bedeutet. Der Trend von Kollektivität zu Individualität habe die genossenschaftliche Produktion im Nerv getroffen. Hinzu seien hohe Schulden (denen allerdings auch ein beträchtliches Vermögen gegenüberstand) gekommen. Gewerkschaftsbetriebe seien privatisiert, die Arbeiterbank verkauft worden. Viele Verkäufe seien mit Verlust erfolgt. Der Schuldenstand sei immer noch hoch, so dass die Lohnzahlungen an die Beschäftigten der Gewerkschaften oft schwierig seien. Als Folge hiervon habe die Histadrut Gehälter und Personal abgebaut.

Wie aus unserem Gespräch deutlich wurde, ist die Wandlung der „alten“ zur „neuen“ Histadrut vor allem zwischen den verschiedenen Generationen sehr umstritten.

Die derzeitige Regierung unter Sharon versuche, mit Anti-Gewerkschaftsgesetzen und der Einschränkung des Streikrechts die Gewerkschaften zu schwächen. Soziale Rechte der ArbeitnehmerInnen würden abgebaut, die Pensionen gekürzt, die Privatisierung von Staatsbetrieben und staatlichen Beteiligungen vorangetrieben. Besonders gravierend sei die Privatisierung im Gesundheitswesen. Die Arbeitslosenquote liege zur Zeit bei 11 Prozent.

Der Organisationsgrad sei in dem immer noch starken, aber schrumpfenden öffentlichen Dienst mit 60% weit höher als in der (wachsenden) Privatwirtschaft (20%). Insgesamt liege er bei 35 Prozent und ist damit höher als in Deutschland.

Horst und Steffen



Stadtrundgang zum Thema „Bauhaus“ in Tel Aviv

Die Entstehung von Tel Aviv, dem „Hügel des Frühlings“

Das Wachstum der Stadt war fieberhaft und anarchisch wie das der tropischen Pflanzenwelt. Jeder Neuankömmling baut sich aus seinem mitgebrachten Ersparnissen das Haus seiner Sehnsucht.

Dies schrieb Arthur Koestler über Tel Aviv, die Stadt, deren rasantes Wachstum er seit 1926 miterleben konnte. Viele der gebauten Häuser entstanden im Stil des Bauhauses oder auf Englisch im International Style. Über 1.000 Bauhaus-Häuser sind bis heute erhalten und werden seit einigen Jahren restauriert. In keiner anderen Stadt gibt es so viele erhaltene Gebäude im Bauhaus-Stil wie Tel Aviv, die somit als die heimliche Hauptstadt des Bauhauses gelten kann. Einen Einblick in diese einflussreiche Epoche der Baugeschichte, aber auch in einen prägenden Teil der Einwanderungsgeschichte Israels, gewährte uns Ofra Jack.

Unsere gemeinsame Führung begann vor der Gedenktafel am Yitzak-Rabin-Platz an jener Stelle, an der der israelische Ministerpräsident nach einer Demonstration 1995 ermordet wurde. Die Geschichte Tel Avivs beginnt in dieser Gegend im Jahr 1909, als rund 60 Familien eine Siedlung in den Sanddünen gründeten. Ein Jahr später, 1910, lebten dort 150 Menschen, 1925 waren es bereits 150.000. Heute leben im Großraum Tel Aviv rund 2,5 Millionen Menschen. Gegründet wurde Tel Aviv auf einem antiken Hügel. Der Name bedeutet Altneuland und ist einem Buchtitel von Theodor Herzl entlehnt.

„Form follows function“

Der vor allem in den 1920er Jahren einsetzende Bauboom hielt bis in die 1930er Jahre an. Überwiegend Polen, aber auch aus anderen Ländern Europas kamen Menschen nach Tel Aviv, nicht zuletzt im Bauhausstil ausgebildete Architekten, die



Deutschland nach der Machterlangung der Nationalsozialisten verlassen mussten. In dieser Folge entstanden in Tel Aviv unzählige Häuser im Bauhausstil. Charakteristisch für das Bauhaus ist der meist dreistöckige Aufbau, der Verzicht auf jegliche Verzierung und stattdessen das bewusste Arbeiten mit Licht und Schatten zur Fassadengestaltung. Die Balkons ziehen sich in klarer Linie die Fassade entlang und sind meist nicht außen angebracht, sondern zurückgesetzt, was einerseits die Aufwärmung der Wohnungen verhindert und andererseits das Lichtspiel betont. Als ästhetisches Gestaltungselement wurde auch die Beleuchtung des Stiegenhauses eingesetzt. Am Dizengoff-Platz, der komplett im Bauhausstil gebaut wurde, sieht man besonders schön die angenehme Klarheit des Bauhausstils. Leider ist der Platz heute durch die einseitig am Autoverkehr orientierte Verkehrsführung so gestaltet, dass man die einheitliche Gestaltung des Platzes nur noch erahnen kann.

Unsere Begleiterin Ofra Jack entpuppte sich nicht nur als Kennerin des Bauhauses in Tel Aviv, sondern auch als ausgesprochene Gegnerin von Schnörkeln und anderen Manierismen, was sich in der häufigen Verwendung des Wortes „eklektizistisch“ manifestierte. Sie versuchte uns zu vermitteln, dass Bauhaus nicht nur ein einfacher Baustil ist, sondern auch Ausdruck einer Lebensphilosophie. Dass eine Architektur, die sich in erster Linie an der Funktionalität orientiert, dennoch ein ästhetischer Genuss sein kann und nicht zwangsläufig in lieblosen Plattenbausiedlungen enden muss, konnten wir an diesem Nachmittag erleben.

www.bauhaus-center.com

Tanja und Frank



Besuch in der Kommune der Hano'ar in Yafo



Am Dienstag Abend waren wir bei der Kommune der Hano'ar in Yafo, dem arabischen Stadtteil von Tel Aviv, eingeladen. Dort leben 22 Leute in einer Etage eines ehemaligen arabischen Hotels. In den letzten Jahren stand das Haus leer und sie haben es lange renovieren müssen, bevor es bewohnbar war. Die BewohnerInnen empfangen uns in ihrem Aufenthaltsraum und erzählen ein bisschen von der Hano'ar und dem Leben in der Kommune. Viele, die aus der Jugendbewegung kommen, kennen sich seit Jahren. Sie werden mit 11 oder 12 Jahren Mitglied der Jugendbewegung und nehmen dann gemeinsam an Freizeitaktivitäten teil. Wenn sie mit der Schule fertig sind, entscheiden sich einige, erst ein Jahr später zur Armee zu gehen. Sie bekommen dann von der Militärverwaltung ein Haus oder eine Wohnung, in der sie zusammenleben, Projekte gestalten und sich in der Gruppe auf den Militärdienst vorbereiten.

Die KommunardInnen aus Yafo haben ihren Militärdienst alle schon hinter sich. Sie waren in ihrer Gruppe beim Militär, d.h. alle Frauen waren in der selben Einheit und alle Männer waren ebenfalls in einer Einheit. Meistens gehen die Männer in Kampfseinheiten und die Frauen machen Bildungsarbeit, zum Beispiel für NeueinwanderInnen oder benachteiligte Gruppen. Sie leben oft auf landwirtschaftlichen Armeestützpunkten, Nahal-Basen (Nahal: Kurzform für Noar Halutzim / Pionering and Fighting Youth).

Die Nahal-Basen, die landwirtschaftliche Arbeit mit der Gründung von Ansiedelungen verknüpfen, dienen heute vor allem sozialen und sicherheitsbezogenen Zielen.

Nach der Militärzeit hat die Gruppe zusammen die Stadtkommune (Communa) gegründet und arbeitet in verschiedenen Projekten der Jugendbewegung. Anat ist zum Beispiel in einer Berufsschule tätig, ein anderer leitet eine Gruppe von Jüngeren an, die im Vorbereitungsjahr für die Armee sind, ein dritter arbeitet bei einer Firma der Jugendbewegung, „Hameorer“, die Reisen nach Polen für Jugendliche vorbereiten. Bei den Reisen besuchen sie Orte, an denen es große jüdische Gemeinden gegeben hat, eine ehemalige Ausbildungsstätte der polnisch-jüdischen Jugendbewegung und Stätten der Verfolgung und Vernichtung. Einige KommunardInnen arbeiten auch im Gewerkschaftsbereich. Der gewerkschaftliche Teil der Hano'ar ist für die gesetzliche Vertretung der jungen Arbeitenden verantwortlich. Sie sind zuständig für Organisation, Bildung, Rechtsvertretung und die Verteidigung der betrieblichen, gesundheitlichen und sozialen Rechte jugendlicher ArbeitnehmerInnen.

Etwa 500 Leute im „senior movement“ der Hano'ar leben heute in Kommunen und Kibbuzim. Seit etwa 8 Jahren gibt es dieses „senior movement“, das sich in die Gesellschaft einmischen will und zugleich alte Ideale der Kibbuzbewegung erhalten möchte, wie das „einfache kollektive Leben“. Alle in der Kommune in Yafo sind gleich alt. Sie nennen ihre Gruppen „garrin“, (Kerngruppen). Die KommunardInnen leben mit extrem wenig Geld. Teile ihrer Arbeit werden aus Projekten des Bildungsministeriums finanziert, die „arbeitsbezogenen“ von der Histadrut und wiederum andere durch Mittel aus der Kibbuzbewegung. Sie leben sehr einfach und wohnen in der Regel zu zweit in einem Zimmer. Der Gemeinschaftsraum ist extrem funktional eingerichtet. Nirgendwo hängt ein Plakat oder ein Bild an der Wand. Es ist ganz anders, als ich mir „Schöner Wohnen“ vorstelle.

Wir bekommen eine kleine Wohnungs-

führung und beginnen dann, das Abendessen vorzubereiten. Draußen auf der Dachterrasse wird schon gegrillt. Die FleischesserInnen aus der Gruppe haben die „Buletten“ sehr gelobt. Ich bin wie immer begeistert von Hummus und Salat. Wir sitzen zusammen, essen und unterhalten uns in kleinen Gruppen. Mich interessiert, was passiert, wenn die Leute nicht mehr in ihren Gruppen leben wollen. Zum Beispiel weil sie sich verlieben oder weil es Krach in der Gruppe gibt. Die Leute von der Hano'ar erklären, dass sie sich ja eigentlich sowieso alle kennen. Also auch die Leute aus anderen Kommunen. Wenn sich eine Gruppe trennt oder jemand seine Gruppe verlassen will, kann er oder sie bei den anderen Gruppen anfragen. Oder Paare können zueinander ziehen. Schwieriger wird es, wenn Leute von ganz außen dazu kommen. Ihnen fehlt die Vorgeschiede. Auffallen ist mir, dass Ideologie für diese Bewegung ein sehr positiv besetztes Wort ist. Die Leute scheinen die gemeinsamen Ideale sehr groß zu schreiben und Individuelles eher zu fürchten. Wichtig sind Ideen wie: gemeinschaftliches Leben, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Demokratie, Toleranz, „Progressive Labor Zionism“, Verständigung, Frieden, Sozialismus und Selbstbestimmung. Die Leute der Hano'ar haben eine Mission und den Anspruch, ihre Ziele in ihren alltäglichen Handlungen zu verwirklichen.

Nachdem sich alle in Kleingruppengespräche vertieft haben, ist es schon bald wieder Zeit aufzubrechen. Und natürlich die mitgebrachten T-Shirts zu verschenken. Müde und einigermaßen verwirrt machen wir uns auf den Rückweg.

Dass ein gewerkschaftlicher Jugendverband zahlreiche Kommunen organisiert, war für uns neu und spannend. Interessant war für uns auch, dass diese – im Unterschied zu den meisten Kommunen in Deutschland – vor allem versuchen, die Gesellschaft durch Erziehung zu verändern.

www.noal.co.il

Barbara



Besuch in einer Berufsschule in Ashdod



Wir waren zu Gast in der Berufsschule von Ashdod und trafen Eli Abramovich, den Bezirksvorsitzenden der Histadrut sowie den Schulleiter Rami Gueta. Die „Amalschule“ ist eine von 50 Industrieschulen im Land und existiert bereits seit 35 Jahren. Die SchülerInnen besuchen sie in der Regel einen Tag pro Woche. Sie können an dieser Einrichtung ein staatlich anerkanntes Berufszeugnis erwerben oder eine Art Fachabitur machen, d.h. sie lernen nebenbei noch einen Beruf. Die Amalschule bietet hierfür eine gute und letzte Chance für Jugendliche, welche durch das Gymnasium gefallen sind, einen Schulabschluss zu erwerben. Ein Großteil der SchülerInnen kommt aus sozial schwächeren Familienverhältnissen.

Die Oberstufenverteilung sieht folgendermaßen aus: 9. Klasse hier werden allgemeine Kenntnisse vermittelt, 10. Klasse hier werden die SchülerInnen in die Branchen aufgeteilt, in denen sie arbeiten wollen, 11. + 12. Klasse hier haben die SchülerInnen 3 Tage theoretischen Unterricht in der Schule und 3 Tage Praxis.

Die Schule engagiert sich auch in der Erwachsenenbildung. Nach dem Besuch des Militärs besteht die Möglichkeit, ein Diplom zu erwerben sowie an einer Umschulung für Arbeitslose teilzunehmen.

Im Anschluss an unser Gespräch mit dem Bezirksvorsitzenden und dem Schulleiter bekamen wir eine kleine Führung durch die Schule. Wir besichtigten den Unterrichtsraum für FriseurInnen und das Computerkabinett, hatten aber leider keine Zeit mehr, ausführlich mit den SchülerInnen zu sprechen, obwohl diese sich uns gegenüber sehr interessiert zeigten.

Steffen und Angelo

Betriebsbesichtigung bei „Ashot“ in Ashkelon



Bevor wir unseren Rundgang im „Ashot Ashkelon“ Unternehmen beginnen konnten, passierten wir alle eine Sicherheits-schleuse. Leider durften wir dadurch auch unsere Fotoapparate nicht mitnehmen.

Uns empfingen Vertreter des Managements, die Betriebsräte sowie Mitarbeiter der örtlichen Histadrut. Nach einer kurzen Erfrischungspause zeigte uns der Vertreter des Managements ein Werbevideo über den Betrieb. Der Betrieb sei 1967 gegründet worden und beschäftige mittlerweile 366 ArbeitnehmerInnen. Er sei in drei Bereichen tätig:

1. die Militärische Produktion
2. die Kommerzielle Produktion
3. die Zivile Produktion

Der Betrieb stelle Teile für Panzer, panzerbrechende Geschosse, Düsentriebwerke und medizinische Apparaturen her. Damit werde hauptsächlich die israelische Armee beliefert, große Teile der militärischen Produktion gingen aber auch in den Export, u. a. nach Deutschland.

Einigen aus der deutschen Gruppe bereitete es große Schwierigkeiten, in einem Betrieb der Militärproduktion zu sein.

Nach diesem Vortrag wurden wir zu einem hervorragenden Mittagessen in die Betriebskantine eingeladen, um dann gestärkt eine Führung durch die Abteilungen zu bekommen.

Abschließend hatten wir die Möglichkeit, mit den Betriebsräten und Nissim Coren von der örtlichen Histadrut zu diskutieren. Dabei lernten wir auch Zion Hasan kennen, einen Kollegen, der uns daraufhin mehrere Tage begleitete.

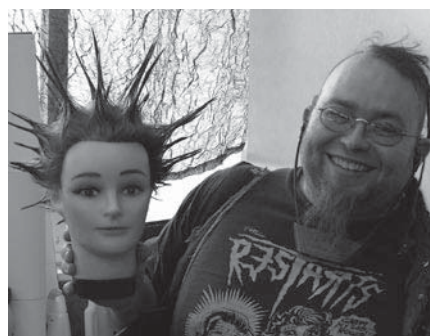
Der Betriebsratsvorsitzende sagte, dass die tarifliche Arbeitszeit 40 Wochenstunden betrage und „Ashot Ashkelon“ noch mehrheitlich dem Staat gehöre, aber privatisiert werden solle. Über die Auswirkungen der Privatisierung gäbe es verschiedene Ansichten: Furcht vor Arbeitsplatzvernichtung, mehr Aufträge, mehr Unabhängigkeit vom Staat, Lohnabbau. Hierzu veranstalteten die Beschäftigten am Wochenende vor unserem Besuch einen Aktionstag mit Demonstration, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Der Organisationsgrad in der Metallarbeitergewerkschaft sei hoch. Entlassungen könnten – außer bei wirtschaftlichen Notlagen, die nachzuweisen wären, ohne Zustimmung des Betriebsrats nicht erfolgen, es sei denn, es bestünde ein gravierendes persönliches Fehlverhalten. Im Betrieb gäbe es 5 Betriebsratsmitglieder für die verschiedenen Berufs- bzw. Abteilungsgruppen. Ein Betriebsrats-Mitglied sei voll freigestellt und sie hätten darüber hinaus noch eine halbe Sekretärinnenstelle.

Im Betriebsrat seien alle Beschäftigtengruppen vertreten (Arbeiter, Angestellte, Ingenieure).

Anfänglich gab es Probleme der deutschen Gruppe, die Situation und Arbeitsstruktur der Betriebsräte in Israel, speziell in diesem Betrieb, zu verstehen. Die Voraussetzungen der israelischen Betriebsratsarbeit konnten daraufhin durch den Betriebsratsvorsitzenden gut erläutert und die entstandenen Fragen geklärt werden.

Horst und Steffen



Jugendclub Ashkelon



Am Nachmittag trafen wir dann im Jugendclub der Hano'ar Ha'oved in Ashkelon ein. Hier erwarteten uns die für den Club zuständige Neta sowie Ejal und Afrida, um uns über ihre Arbeit zu berichten. Auffällig war zunächst einmal das geschäftige Treiben um uns herum. Ein Großteil der Jugendlichen war mit den Vorbereitungen für das anstehende Purim-Fest beschäftigt. Purim ist das Fest in Gedenken an die Errettung der von der Vernichtung bedrohten im persischen Reich unter Ataxerxes. In Erinnerung an Esther und ihren Onkel Mordechay kostümbieren und maskieren sich die Leute und feiern unter dem Motto: „Esst, trinkt und seid fröhlich“.

Zunächst erzählten uns die drei etwas über den Aufbau und die Prinzipien des Verbandes. In dem der Histadrut angegliederten Club der Hano'ar Ha'oved treffen sich Jugendliche von der 4. bis zur 12. Klasse. Die Aufgabenverteilung ist deutlich in verschiedene Altersstufen unterteilt.

Die meisten, die sich hier treffen, kommen aus der 4. bis 8. Klasse. In der 9. Klassenstufe absolvieren die Jugendlichen ihr Vorbereitungsjahr, damit sie die ihnen von der 10. bis 12. Klasse anvertraute Rolle als Jugendleiter/in adäquat erfüllen zu können.

Um einen „fließenden Ausstieg“ aus der Rolle als BetreuerIn in dem Club zu gewährleisten, ist ab Mitte des 11. Schuljahres die Vorbereitung auf das freiwillige Dienstjahr vorgesehen. Hier lassen sich die Jugendlichen ein Jahr vom Militärdienst zurückstellen, um gemeinsam die Zeit in einer Kommune zu verbringen und in pädagogischen Projekten mitzuarbeiten.

Die Aufteilung in Altersstufen und feste Gruppenzusammenhänge erfolgt, um die Kinder von Anfang an an die Werte heranzuführen, welche für die Hano'ar Ha'oved wichtig sind. Das Kollektiv steht dabei die gesamte Zeit im Mittelpunkt. Ein Prinzip, das perspektivisch auch im späteren Leben für die Mitglieder einer Kommune/eines Kibbuz eine gewichtige Rolle spielt.

Diskussionen werden zunächst einmal, so das Prinzip der Hano'ar Ha'oved, in der Kerngruppe und erst dann in größeren Rahmen (ca. 50 Leute) geführt.

Für ihre Arbeit und ihren Lebensstil orientieren sie sich an einer allen gemeinsamen Idee des Sozialismus. Als Prämisse dient der Bezug auf den Grundsatz einer Gleichheit der Menschen. Hier ist die Nähe zur Ideologie der Kibbuzbewegung deutlich, in deren Tradition sich die Hano'ar Ha'oved auch selbst einordnen würde. Als Konsequenz daraus ergibt sich die weite Öffnung des Clubs (und der Bewegung) in Bezug auf die Leute, die an den Angeboten teilnehmen können. Prinzipiell stehen die pädagogischen Möglichkeiten allen offen, die Räumlichkeiten werden zum Teil auch von Außenstehenden genutzt, so werden hier Veranstaltungen mit den Kindern organisiert. Auch in arabischen Ortschaften wird versucht, durch die Ausbildung junger Leute zu ehrenamtlichen Helfern Kontakte zu knüpfen, um auf diesem Wege einen Teil zum Ende des Konfliktes beizutragen.

All dies und noch einiges mehr ist die praktische Umsetzung der Entscheidung für ein Gemeinschaftsleben und ein anderes Wertesystem als das der „klassischen bürgerlichen Lebensweise“. Alle Arbeiten werden grundsätzlich in einem ehrenamtlichen Rahmen durchgeführt. (Finanzielle) Unterstützung von außerhalb erhält die Bewegung durch die Kommunalverwaltungen, die Histadrut und kleinere Beiträge der betreuten Kinder. Der Großteil

der Finanzierung erfolgt über pädagogische Angebote, z.B. durch Organisation alternativer Polenfahrten, durch Führungen oder Engagement im Jugendbildungsbereich.

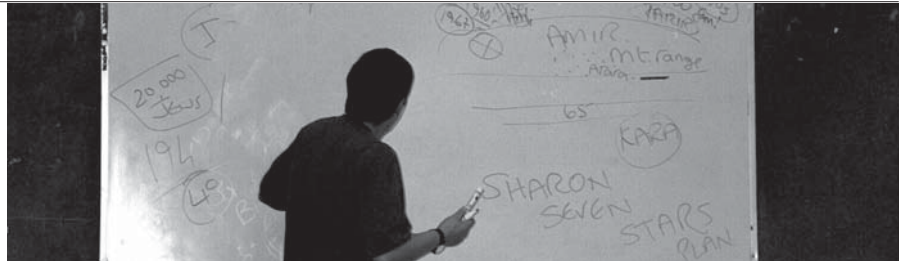
Auf Nachfrage über die Arbeit und evtl. Probleme mit Einwanderern berichten sie, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten, welche insbesondere darin bestanden, die Interessen zu bestimmen, inzwischen eine emotionale Bindung entstanden ist, die die Arbeit sehr erleichtert.

Wir fragten Ejal nach der Polenreise, von welcher er gerade wieder zurückgekommen war. Normalerweise fahren die Jugendlichen der Hano'ar mit 16 Jahren nach Polen, um die Wurzeln der zionistischen und sozialistischen Bewegung und des Widerstandes der Jugendverbände zu entdecken. Dieses Reiseprinzip und die besuchten Orte unterscheiden sich von dem staatlichen „verordneten“ Besuch Polens. Das Augenmerk liegt auf dem Zionismus, den Jugendverbänden, ihren Werten und ihren Widerstand im Warschauer Ghetto. Um die Jugendlichen nicht mit dem Programm zu überfordern, finden zum einen im Vorfeld 10 Vorbereitungstreffen und ein Seminar statt, zum anderen stehen während der Reise ausführliche Diskussionen in den Abendstunden auf dem Programm, die es ermöglichen sollen, das am Tag Erlebte zu verarbeiten.

Andreas



Givat Haviva und Green Line



Am Donnerstag besuchten wir das Begegnungs- und Bildungszentrum Givat Haviva, etwas nördlich von Baka el Gharbiya.

Auf dem Gelände einer ehemaligen Militärbasis der Briten entstand 1949 ein Bildungszentrum der Kibbutz Artzi Bewegung. Neben der Erforschung des Holocausts, und des jüdischen Widerstandes in Jugendverbänden, widmet sich Givat Haviva vor allem jüdisch-arabischen Begegnungen für Jugendliche und Erwachsene.



Nach unserer Ankunft und einer kurzen Erfrischung begrüßte uns Lydia Eisenberg. Sie erzählte uns, dass sie in Großbritannien aufgewachsen und vor 35 Jahren nach Israel ausgewandert sei. Die mittlerweile fünffache Mutter habe sich schon bald mit dem Alltag israelischer Araber und dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigt. Leben würde sie im Kibbutz Mishmar Ha'emek, welches unweit der Green Line liegt. Nicht zuletzt deshalb sei sie innerlich gespalten, was ihr Verhältnis zu dem Trennungsaun angeht: Einerseits ärgere sie, dass der zwischenmenschliche Austausch dadurch noch mehr blockiert werde. Andererseits sei sie froh darüber, durch die etwas größere Sicherheit besser schlafen zu können. Dennoch ist sie hinsichtlich des Friedensprozesses sehr engagiert, und setzt sich zum Beispiel dafür ein, dass der Zaun auf der Grenze von 1967 stehen soll.

Nachdem Lydia sich vorgestellt hatte, hörten wir einen Vortrag von Mossi Raz, dem stellvertretenden Leiter von Givat Haviva. Der ehemalige Abgeordnete der Meretz-Fraktion in der Knesset und Friedensaktivist bei Peace Now ging auf den

Nahostkonflikt, die Situation arabischer Israelis und die Arbeit der Bildungsstätte ein.

Mossi Raz beschrieb die Situation als politische Sackgasse: Beide Seiten würden sich gegenseitig Schuld und Kompromisslosigkeit vorwerfen. Er stellte zwei aktuelle Friedenspläne vor:

Die Genfer Nicht-Regierungs-Initiative werde von der israelischen Regierung abgelehnt, habe aber die Unterstützung von je einem Drittel der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung. Der „Geneva Accord“ sehe für die Israelis die Beendigung der Besetzung der Westbank, des Gazastreifens, die Räumung der Siedlungen in den besetzten Gebieten und die Teilung Jerusalems und für die Palästinenser ein Versicht auf das Rückkehrrecht der Flüchtlinge vor.

Auch die Umsetzung der Road Map, die eine schrittweise Annäherung vorgesehen habe, sei nicht gelungen, da sie nicht von den politischen Führungen unterzeichnet und die Erfüllung der Bestimmungen nicht durch internationalen Druck garantiert worden sei. Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung lehne eine politische Intervention der europäischen Staaten, welche sie mit Antisemitismus assoziierten, ab und sehe in den USA ihren verlässlichsten Partner auf internationaler Ebene. Nach Ansicht von Mossi Raz sei der Konflikt nur durch beiderseitigen Druck sowohl Amerikas auf Israel als auch der europäischen Union auf die palästinensische Führung zu lösen. Unter den gegenwärtigen politischen Führungen sei keine Beendigung des Konfliktes auf Basis eines Kompromisses vorstellbar; ein Regierungswechsel müsse zuvor auf beiden Seiten vollzogen werden.

Als problematisch sieht Mossi Raz auch die Situation der 20% arabischen israelischen StaatsbürgerInnen an. Sie würden gegenüber der jüdischen Bevölkerung zwar nicht gesetzlich, aber praktisch diskriminiert. Immer noch würden sie geringere Bildung und Gehälter erhalten und seien unterproportional in der Knesset

vertreten. Die Angst der jüdischen Israelis führe zu Distanz und Rassismus. Proteste der arabischen Bevölkerung würden nicht von der Gewerkschaft oder anderen Initiativen getragen werden. Es gäbe kaum „gemischte“ Ortschaften und gegenseitige Besuche seien aufgrund von Befürchtungen und Hass eine große Seltenheit.

Mossi Raz stellte anschließend die Tätigkeiten des Zentrums dar. Diese umfassten 5 Bereiche. Neben der Jugendbewegung, aus welcher Givat Haviva entstand, sowie einer Forschungseinrichtung, die sich mit dem Holocaust und dem jüdischen Widerstand in den Jugendverbänden auseinandersetzt, sei das arabisch-jüdische Zentrum für Frieden ein zentrales Aufgabenfeld, in welchem Begegnungen zwischen jüdischen und arabischen Menschen organisiert würde. Schwerpunkt sei hier vor allem die Begegnung zwischen SchülerInnen, die zuvor kaum Kontakt miteinander gehabt hätten. Ziel dieser Begegnungsprojekte sei die Veränderung der Weltanschauung. In verschiedenen Kursen erhielten arabische Frauen und Männer die Möglichkeit sich weiterzubilden, beispielsweise für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder Kommunalpolitik, sowie Ausbildungen als SchatzmeisterIn oder Gleichstellungsbeauftragte.

Die Zusammenarbeit zwischen Israelis und AraberInnen umfasse zudem verschiedene Medienprojekte sowie eine eigene Zeitung. Ein Kunstzentrum förde-





re Auseinandersetzungen mit der jüdisch-arabischen Perspektive z.B. mit Hilfe der Fotografie.

Der letzte Bereich Givat Havivas widmet sich politischen Begegnungen.

Finanzielle Unterstützung erfährt das Zentrum von TeilnehmerInnen und Teilnehmern, Spenden anderer Staaten sowie der Kibbuzbewegung. Erschwert wurde die Tätigkeit des Zentrums durch den Trennungszäun, der viele Ortschaften stärker als zuvor voneinander trennte, sowie durch sprachliche Probleme, da die Kinder Hebräisch bzw. Arabisch erst in der Schule lernen würden.

Nach der Vorstellung von Givat Haviva durch Mossi Raz erläuterte Lydia Eisenberg die Vorbereitung unserer Fahrt an die Green Line.

Auch sie betonte, dass kaum private arabisch-israelische Kontakte bestünden und Israelis und AraberInnen durch unterschiedliche Perspektiven das Leben der jeweils anderen als unnormal beurteilten.

Daraufhin teilte Lydia Eisenberg die sogenannte Pilgerkarte aus, die eine besondere Karte sei, weil sie den Verlauf der Green Line abbilde. Diese Trennungslinie, die bis 1967 die israelisch-jordanische Grenze gewesen sei, schließe einen Großteil der heute besetzten Gebiete Israels aus und rücke die Grenze näher an das israelische Zentrum.

Ausgehend von dieser Landkarte erklärte uns Lydia Eisenberg die Besonderheit des Gebietes Wadi Ara, welches wir am Nachmittag aufsuchten. Sie verwies auf die parallel zur Green Line verlaufende Road 65, die eine große Bedeutung für die Verbindung der israelischen Landesteile habe. Heute durchquere die Road 65 die „Little Triangle“ der Stadt Kazir mit 700 Einwohnern und den beiden arabischen Städten entlang der Green Line: Baka al-Garbiya (24.000 EinwohnerInnen) und Ummel al Fahm (37.000 EinwohnerInnen), erstere sei als Stadt der islamischen Bewegung bekannt sei.

Aufgrund des hohen Anteils arabischer Bevölkerung in diesem Gebiet zwischen

der Road 65 und der Green Line hätten die Überlegungen, die Grenze auf die Road zu verlagern, einige Zeit die Politik der israelischen Regierung bestimmt, um den prozentualen Anteil der arabischen Bevölkerung Israels zu senken.

Stattdessen setzte der damalige Bauminister Sharon 1980 seinen Seven Stars Plan um. Der sah die Gründung von 7 israelischen Communities entlang der Green Line zwischen jüdischem und arabischem Territorium vor, um die Präsenz jüdischer Einwohner in der Grenzregion zu erhöhen. Kazir, der sogenannte erste Stern, sollte zunächst von Soldaten bewohnt werden, die dies jedoch meist abgewiesen hätten. Daraufhin habe sich der Ort zu einer säkular-orthodoxen Stadt entwickelt, wobei sich der Anteil säkularer AnwohnerInnen auf beiden Seiten erhöht habe.

Nach dem Beginn der Intifada 1987 habe die islamische Bewegung in den arabischen Gebieten entlang der Green Line verstärkt Fuß gefasst. Im Zuge des Osloer Friedensprozesses seien Regionen mit einem Bevölkerungsanteil von 85% PalästinenserInnen insgesamt zu Autonomiegebieten erklärt worden.

Der heutige Sicherheitszaun, welcher nur zu Teilstücken entlang der Green Line errichtet worden sei, erschwere den Zugang der PalästinenserInnen nach Israel, erhöhe aber zugleich den Schutz vor Übergriffen gegen Israelis.

Nach einer kurzen Erklärung der Situation in der geteilten Stadt Bartáa, welche wir später besuchten, schloss Lydia die Einführung für die kommende Fahrt.

Nach dem Mittagessen auf dem Gelände besuchten wir mit unserem Bus den „zweiten Stern Sharons“, die Retortenstadt Harish. In den 4.000 Wohnungen, die gebaut wurden, leben heute gerade mal 200 Familien.

Von einer grünen Bergterrasse aus betrachteten wir die Lage umliegender Orte, zum Beispiel Kazir, und das Gebiet der Grünen Linie. Während des Gesprächs trat ein lokaler jüdisch-orthodoxer Sicherheitsmann hinzu, den Lydia in ein Gespräch involvierte. Sein Traum sei, dass die kleinen Orte dieser Gegend sich entwickeln würden wie Tel Aviv, und dass auch die palästinensischen Gebiete in Zukunft dem Jüdischen Volk gehören werden, da sich das gelobte Land der Bibel, Eretz Israel, über das gesamte Terrain erstreckte.

Nach dem kurzen Gespräch fuhren wir mit dem Bus weiter zu einem Berg, von dem wir im Beisein von freilaufenden Kühen die geteilte Stadt Bartáa, einen kleinen Militärstützpunkt, in der Ferne einen palästinensischen Ort und den Trennungszäun sehen konnten.

Aus der Entfernung sahen wir einen palästinensischen Ort, dessen Einwohner einen Großteil ihrer Ackerflächen auf der anderen Seite des Zaunes haben. Eigentlich, so Lydia, sollten sie Berechtigungen bekommen, an die Felder heranzugelangen, aber die Realität sei meist anders. Ein Bauer müsse zum Beispiel an den israelischen Staat Geld bezahlen, damit er sein Vieh auf der israelischen Seite weiden lassen könne.





Wie schwierig die Situation und das konkrete Zusammenleben zwischen Israelis und PalästinenserInnen an der grünen Linie ist, demonstrierte Lydia am Beispiel eines nahe gelegenen Kibbuz. Dessen BewohnerInnen hätten zusammen mit den BewohnerInnen eines nahe gelegenen palästinensischen Dorfes eine Petition an die israelische Regierung formuliert, in der sie den Bau des Sicherheitszaunes auf die grüne Linie gefordert und das Abschneiden der palästinensischen Dorfbevölkerung von ihren Feldern verurteilt hätten. Eine Nacht bevor der zuständige Minister zu einer Ortsbesichtigung erscheinen wollte, sei ein palästinensischer Terrorist in den Kibbuz eingedrungen und habe sieben Kibbuz-BewohnerInnen getötet, bevor er von den Sicherheitskräften erschossen worden sei. Der Zaun sei dann ohne weitere Proteste in den palästinensischen Gebieten gebaut worden.

Nach einer weiteren Busfahrt kamen wir in einem Gebiet zwischen Grüner Linie und Grenzzaun an. In der Nähe zu einem Passierpunkt des Trennungsauns stiegen wir aus und konnten im Umfeld von wenigen Kilometern eine jüdische Siedlung und ein palästinensisches Dorf auf israelischer Zaunseite sowie ein weiteres palästinensisches Dorf auf der anderen Seite sehen. Lydia sprach mit uns über den Alltag und die absurde Situation in diesen Gebieten. So war zum Beispiel unweit von unserem Standpunkt ein Esel befestigt, der von den palästinensischen Kindern, die hier wohnen, aber in den palästinensischen Gebieten zur Schule gehen würden, nicht bis zum Kontrollpunkt mitgenommen werden dürfe, da Esel schon öfters für Anschläge benutzt worden seien.



Zurück in unserem Bus in der Nähe eines arabischen Dorfes kamen wir mit einem Studenten ins Gespräch, der dort zu Hause sei, aber innerhalb der Woche im Westjordanland studiere. Er habe eine Art Passierschein für den Zaun. Nur wenige Menschen von hier würden eine Arbeitserlaubnis für Israel bekommen. Der Student meinte, dass für sie, die Palästinenser, der Zaun keine auf Zukunft festgelegte Grenze darstelle. Sie seien sich sicher, dass Israel den Zaun jederzeit umbauen und verschieben könne.

Anschließend fuhren wir zu der geteilten Stadt Bartáa. Die Grüne Linie zieht sich in Form eines Grabens durch die beiden Teile, doch eine Straße verbindet sie. Der israelische Stadtteil habe ca. 3.000 arabische EinwohnerInnen, die einen israelischen Pass besäßen, eine gute Wasserversorgung hätten und Steuern zahlen würden. Lydia Eisenberg betonte, sie würden Israelis mit allen demokratischen Rechten bleiben wollen. Sie wollten nicht palästinensische, sondern gleichberechtigte israelische StaatsbürgerInnen sein. Für den anderen Teil Bartáas würden sie einen palästinensischen Staat befürworten. Dieser Teil sei weiterhin palästinensisches Gebiet, obwohl es sich jetzt auf der israelischen Seite des Trennungsauns befindet. Hier würden ca. 4.000 Menschen leben, die teilweise jordanische Staatsbürgerschaft, palästinensische, seltener israelische Pässe oder überhaupt keine hätten. Manche besäßen den Pass eines anderen Staates, zum Beispiel des Irak, wenn sie eine Weile dort gelebt und gekämpft hat-

ten, nun aber gezwungen seien, wieder zurückzukehren.

Bis 1967 gehörte dieser Teil zu Jordanien.

Auf dem Weg zum Kibbuz Mishmar Ha'emek, Wohnort von Lydia, passiert unser Bus ein Gefängnis, dessen Gefangene meist Palästinenser seien. Davor befindet sich am Straßenrand eine kleine Stelle, an der den Opfern eines Anschlages auf einen öffentlichen Bus gedacht wird.

Das Kibbuz Mishmar Ha'emek sei eines der wenigen Kibbuzim, welches noch die alte Kibbuz-Struktur beibehalten konnte, so Lydia. Aufgrund der Erfindung von Kunststoffolien für Rundballen, die zum Weltpatent angemeldet worden seien und nicht nur im Kibbuz, sondern auch in England und in den USA produziert würden, gäbe es keine finanziellen Probleme und somit weiterhin gemeinschaftliches Eigentum. Lidya erzählte, daß vor allem die jüngeren KibbuzbewohnerInnen zunehmend auf Teilprivateigentum drängten und daß sie manchmal nicht wüßte, ob sie Kibbuzmitglied oder Mitglied einer shareholder-value sei.

Wir besuchten das Gebäude mit dem Speisesaal, eine Art gigantisch große Mensa mit Jugendherbergsatmosphäre. Nach der Selbstbedienung mit warmen Getränken saßen wir an einem der vielen Tische und bedankten uns bei Lydia für die vielen Eindrücke, die sie uns ermöglicht hatte.

www.dialogate.org.il/peace/default.asp

Anika und Franziska



„Haus der Ghettokämpfer“, Lochamei Hageta'ot

Bei unserem Besuch im Haus der Ghettokämpfer (HdG) haben uns drei Leute von Hano'ar Ha'oved begleitet. Roy, Mitglied der Hano'ar Ha'oved und in einer Gruppe engagiert, die Polenreisen vorbereitet, führte uns durch die Ausstellung. Das HdG ist einer der wenigen Orte, wo Erziehung und Bildung über die Shoah stattfinden. Gegründet wurde der Kibbuz mitsamt Museum von überlebenden WiderstandskämpferInnen des Warschauer Ghettos 1949 mit der Absicht, den jüdischen Widerstand gegen die nationalsozialistische Vernichtungspolitik sichtbar zu machen.

Einen großen Teil der Ausstellungsfläche nimmt die Darstellung vor allem der zionistisch und sozialistisch geprägten Jugendbewegung ein. Zunächst erklärte Roy an dem Modell des Shtetls von Olkieni bei Wilna das Zusammenleben der BewohnerInnen. Dieses habe den Jüdinnen und Juden das Einhalten der religiösen Gebote erleichtert. Die Stände- und Berufsverordnungen habe Jüdinnen und Juden viele Möglichkeiten der gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe verwehrt. Auf der anderen Seite wäre nur ihnen der Handel mit Geld möglich gewesen, wodurch Hass in der christlichen Bevölkerung entstanden sei. Die Einhaltung von religiösen Gesetzen wie koscheres Essen habe oftmals den Zorn der christlichen HändlerInnen hervorgerufen, weil diese in der jüdischen Community ihre Ware nicht absetzen konnten. Roy sagte, die Moderne hätte die osteuropäischen Juden im Shtetl nicht erreicht, was man anhand der hundert Jahre alten Bilder sehen könne. Durch das Zusammenleben nach den religiösen Geboten, die die gesellschaftliche Aufgabenteilung regelten, sei auch in weit voneinander entfernten Stetln ein ähnlicher Charakter erhalten geblieben.

Die erste Jugendbewegung, die 1900 in Berlin gegründeten Wandervogel, sei als Antithese zur Industrialisierung und dem Leben in der Stadt entstanden. Während die Eltern in der Fabrik hätten schuftet müssen, hätten die Kinder in der Schule



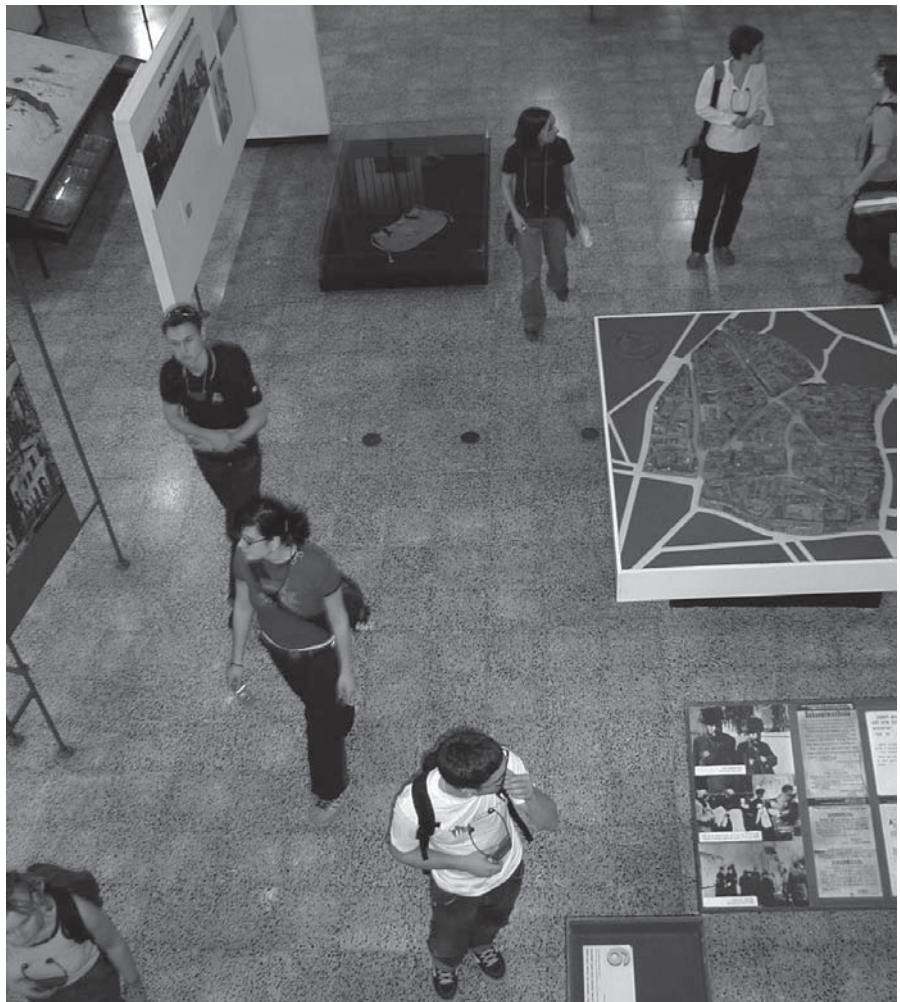
Bildung erhalten und überlegt, wie sie sich der Natur wieder annähern könnten. Auf einer Tafel des Museums sind viele polnische jüdische Jugendverbände aufgeführt. Sie heißen u.a. Makabi, Zukunft, der junge Wächter, die Pioniere (Dachverband), Freiheit, jung-jüdischer Wanderbund und die zionistische Jugend. Mitgliederzahlen (zwischen 800 und 70.000 Jugendliche) und Ausrichtung hätten sehr geschwankt. Das Motiv der Jugendgruppen sei die Bewahrung der jüdischen Identität und die Überlegung der Einwanderung nach Israel, um dort eine sozialistische Gesellschaft zu gründen, gewesen. Die Hano'ar Ha'oved sehe sich in der Tradition der frühen jüdischen Jugendverbände.

Es gibt in der Ausstellung u.a. zwei Diarama (Schaukasten-Bild) zu sehen, eines, welches ein Gruppentreffen einer polnisch zionistischen Jugendgruppe zeigt, und ein anderes, welches ein Gruppentreffen einer

deutschen Jugendgruppe abbilde. Während im polnischen Diarama deutlich wird, dass das Treffen der zionistischen Gruppe in einem selbstgeschaffenen Jugendraum stattfindet, trifft sich die deutsche Gruppe offenbar in einer Privatwohnung, die mit sozialistischer und moderner Kunst (Käthe Kollwitz, Emil Nolde) sowie Radio ausgestattet ist. Die Abbildung der polnischen Jugendgruppe weist stärker auf den Traum von Israel hin.

An dieser Stelle erläuterte Roy die drei Prinzipien, die Weisheit zu Sehen, synonym für die Analyse der Gesellschaft, den Mut, Alternativen zu wollen und die Kraft diese durchzusetzen, welche seine pädagogische Arbeit noch heute prägen würden.

In der Ausstellung ist weiterhin ein Foto von 1931 von der Jugendgruppe „Maccabi Hatzair, Besarabia“ zu sehen, das





sechs Jugendliche zeigt, die mit ihren Armen den Davidstern darstellen. Eine Tafel aus den 1920er Jahren bebildert 10 Gebote, die eine Antithese zum „gebeugten Juden“ propagieren. Starke junge Menschen sollen für Freiheit, Wahrheit und andere Ideale kämpfen. Roy sagte, das Rauchverbot und die „Bewahrung der sexuellen Reinheit“ seien als Gebote vor 2 bis 3 Jahren in der Hano'ar Ha'oved aufgegeben worden, weil kein Mädchen mehr auf ihre sexuelle Reinheit achte. (Sehr lustig. Gäh!) Etwas unklar blieb für uns, welche praktische Bedeutung die gültigen Gebote in der jüngeren Vergangenheit und im heutigen Alltag haben.

Roy erwähnte auch den „Bund“ (gegründet 1897), der seiner Ansicht nach weder kommunistisch noch zionistisch gewesen sei. Diese jüdische Jugendbewegung habe sich auf das Leben in den europäischen Ländern orientiert. Im Rückblick sei ihnen fehlender Zionismus vorgeworfen worden, da sonst mehr JüdInnen der Shoah hätten entkommen können. Die Ideen des zionistischen Pioniers Yoseph Haim Brenner habe Joseph Trumpeldor für die Jugendbewegung fruchtbar gemacht. Als Bedingung für die Einwanderung (Alijah) hatten sich die Jugendlichen verpflichtet, 3 Jahre Mitglied der Histadrut zu sein und Hebräisch zu lernen. Zwecks Vorbereitung der Alijah seien Farmen gegründet worden, wo die Gewöhnung an das harte Leben von BäuerInnen eingeübt werden sollte. Die Teilnehmenden hätten sich von ihren Eltern bei Eintritt in die Vorbereitungsfarm verabschiedet und somit ein neues Leben beginnen müssen. Die körperliche Arbeit sollte einen „neuen Typus“ Juden hervorbringen, was nach Roy auch gelungen sei: Er sagte tatsächlich (für uns schwer zu verstehen), die neuen Juden wären seither keine Parasiten mehr gewesen, sondern muskulöse Arbeiter.

Von diesen Vorbereitungsfarmen, auf denen auch Wehrübungen und politische Schulungen abgehalten worden seien, habe es über 600 in Polen gegeben. Kibbuzniks seien nach Europagekommen, um

von ihren Erfahrungen zu berichten. Sie hätten die Jugendlichen an der Waffe ausgebildet, um in Israel wehrhaft zu sein. Wenn ein Pionier doch nicht nach Israel auswandern wollte, hätte es mitunter Tribunale gegeben, die mit sozialem Druck den Auswanderungswillen erhöhten.

Im Warschauer Ghetto hätten in Jugendverbänden organisierte Jugendliche ihre Aktivitäten fortzuführen versucht, z.B. den Schulunterricht aufrecht zu erhalten. Aus dieser Arbeit beziehe die Hano'ar Ha'oved ihre geistigen Wurzeln. Jugend wurde von Roy mit folgenden Attributen besetzt: Zukunftshoffnung, Innovationspotential, Hoffnung auf eine bessere Welt. Er stellte stark heraus, dass der Aufstand nicht in dem Glauben auf einen Sieg gemacht worden sei, sondern um sich nicht wie die Schafe zur Schlachtbank führen zu lassen.

Wir sahen uns dann weitere Ausstellungsräume an. Im Raum „Ghettos und Vertreibung“ waren, wie in den anderen Räumen auch, viele Fotos und wenig Text, Faksimiles von deutschen Dokumenten. Die Ästhetik und Machart erinnerte stark an Ausstellungsdesigns aus der DDR und osteuropäischen Ländern. Roy erläuterte die Entstehung der Ghettos und die Bedingungen, unter denen Juden und Jüdinnen im Ghetto lebten. Soziale Tätigkeiten in den Ghettos, wie die Einrichtung einer Armenküche und die Arbeit mit Jugendlichen, hob er hervor als Initiativen der Jugendbewegung. Als deutsche Soldaten in Polen so genannte Ostjuden getroffen hätten, hätten sie all ihre Vorurteile bestätigt gefunden. Wir waren alle etwas betroffen über Roys starke Abgrenzung gegenüber diesen Menschen und der Übernahme der abwertenden Kategorien.

Anschließend sahen wir einen 20-minütigen Film über den Aufstand im Warschauer Ghetto. Im Stil eines Krimis mit Hilfe von Puppen im Diaramastil werden Angriffs- und Kampfszenen nachgestellt, untermalt von dramatischer, heroischer Filmmusik. Die Darstellung des Aufstands ist sehr selbstbewusst, Zeitzeugenzitate werden von aufpeitschenden Bläserensätzen begleitet. Fazit des Films: Der Sieg der Deutschen war nicht vollkommen, da

der Kampf selbst ein Sieg war. Der Film ist kurz nach Kriegsende entstanden.

Im Raum „Ausstellung der Lager“ erläuterte Roy anhand einer Tafel das Lagersystem in Europa. Bei seinen Ausführungen betonte er den Gegensatz von „gut“ und „böse“. Den Gerechten („das Gute in seiner extremsten Form“) stellte er Judenräte gegenüber, die sich wegen dem Verrat am jüdischen Widerstand schlimmer als die schlimmsten Nazis verhalten hätten. Es war deprimierend und erschreckend, wie Roy sich durch die Frage leiten ließ, ob die JüdInnen im Ghetto moralisch richtig gehandelt hätten. Unseres Erachtens geht er von einem viel größeren Handlungsspielraum der Menschen im Ghetto aus, als tatsächlich gegeben war.

Roy erzählte uns, dass bei den alternativen Polenfahrten der Hano'ar Ha'oved die Frage nach den ungleichen Lebensbedingungen im Ghetto zum Ausgangspunkt für eine Diskussion um das eigene Verhalten im heutigen Israel genommen werde. Für Roy war es wichtig, sich selbst zu fragen, wie er in dieser Dilemmasituation, den ungleichen Lebensbedingungen im Ghetto, gehandelt hätte. Bei den Polenfahrten würde er stets mit den Jugendlichen darüber diskutieren, was sie im heutigen Israel konkret tun wollen, etwa was die Lebensbedingungen von Benachteiligten angeht. Deutlich erwähnte Roy, dass er das Interesse verfolgt, den Jugendlichen bei seinen Führungen durch das Museum pädagogische Einsichten zu vermitteln, in denen die Möglichkeit moralisch guten Handelns sowie die Aktivität der Jugendlichen in der Hano'ar Ha'oved im Zentrum stehen.

Da sich der Shabat näherte und somit das Museum schloss, verließen wir Lochamei Hageta'ot am frühen Nachmittag in Richtung Kibbuz Ravid. Im Bus bedankten wir uns bei Roy mit Informationen zu Topf & Söhne. Dieser Tag hatte viele Diskussionen in der Gruppe über die Reise hinweg ausgelöst.

Tanja, Anika und Franz

Kibbuz Ravid



Wir wurden im Club des Kibbuz von Ruthi, einer Reisebegleiterin der „alternativen“ Polenfahrten von Hano'ar Ha'oved we Ha'lomed, empfangen. Neben dieser Tätigkeit arbeitet sie in einer Schule von Hano'ar Ha'oved in Haifa, in der vorwiegend sogenannte rahmenlose Jugendliche, d. h. SchülerInnen aus sozial schwächeren Verhältnissen, lernen.

Die Polenfahrten von Hano'ar Ha'oved we Ha'lomed

Seit einigen Jahren veranstaltet der Staat Israel jedes Jahr für Tausende SchülerInnen Fahrten nach Polen, bei denen die TeilnehmerInnen ehemalige Ghettos und Konzentrationslager besuchen. An der Form und den Inhalten dieser Fahrten gibt es von Hano'ar Ha'oved Kritik. Den Fahrten fehle es an inhaltlicher Tiefe, die SchülerInnen würden zu Lippenbekenntnissen bewegt, ohne die Konsequenzen für ihr eigenes Verhalten in der Gegenwart zu reflektieren. Zudem seien die Fahrten einseitig auf die Legitimation des Staates Israel ausgerichtet. Aus diesem Grund bietet Hano'ar Ha'oved seit einigen Jahren alternative Fahrten an, die sich in mehreren Punkten von den offiziellen Fahrten unterscheiden und in denen sich auch viele Mitglieder der Kommunen engagieren. Das Hauptmotto in allen Arbeitsbereichen der Hano'ar Ha'oved lautet „Gleichheit aller Menschen“. Der offizielle Name der Fahrten lautet „Reise auf Spuren der zionistischen Revolution und den jüdischen Wurzeln“. Wichtig ist der Hano'ar Ha'oved, dass die Fahrten in kleineren Gruppen vollzogen werden, um eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den LeiterInnen und den TeilnehmerInnen zu ermöglichen. Im Gegensatz zu den staatlich organisierten Fahrten gibt es mehrere Vorbereitungsseminare und eine Nachbereitung. Es werden ebenfalls die

Lager und Ghettos besucht. Stärker betont werden jedoch die ostjüdischen Wurzeln sowie die Entwicklung der jüdischen Jugendbewegung vor der Machterlangung Hitlers. Eine zentrale Frage der Fahrten ist: „Was passiert mit einem Menschen im Lager oder Ghetto?“. Bei der Geschichte der Ghettoaufstände wird die große Beteiligung von Mitgliedern der Jugendbewegung betont.

Die Themen der Reise sind historisch ausgelegt, so geht es etwa um die durch die Shoah verloren gegangene jüdische Kultur oder um die Frage, wie es zur Machterlangung der Nazis und dem Zusammenbruch der Demokratie gekommen ist. Dabei wird jedoch auch danach gefragt, welche Konsequenzen dies für die heutige israelische Gesellschaft und das Leben jeder/jedes einzelnen hat. Es wird versucht, aktuelle Fragen, wie den Nahostkonflikt, mit in die Auseinandersetzung einzubeziehen, ohne die Einzigartigkeit der Shoah anzuzweifeln oder sie in ihrer Bedeutung zu relativieren.

Uns fiel auf, dass die Fahrten nicht zuletzt auch der Selbstvergewisserung von Hano'ar Ha'oved in historischer Perspektive dienen. Die auf die Geschichte bezogene Legitimation soll die teilnehmenden Jugendlichen auch animieren, selbst bei Hano'ar Ha'oved aktiv zu werden.

Der Kibbuz Ravid und seine BewohnerInnen

Der Kibbuz Ravid liegt im Norden des Landes auf einem Hügel in beeindruckender Landschaft. Er gehört seit 18 Jahren der Hano'ar Ha'oved (Zeit der Krise der Kibbuzim). Es existieren mehrere Wohnhäuser, in denen insgesamt 55 Erwachsene und 8 Kinder leben. Der Kibbuz Ravid ist die größte Gruppe der Hano'ar Ha'oved, die zusammen in Kommunen lebt. Zusätzlich gibt es mehrere Seminarräume, die für Veranstaltungen genutzt werden. Außerdem versammeln sich hier Mitglieder aus anderen Kommunen des Landes zum gemeinsamen Studientag. Die 63 BewohnerInnen organisieren ihren gemeinsamen Alltag in vier Kerngruppen. Dies ist nach eigener Aussage eine Konsequenz aus der

Auseinandersetzung mit der klassischen Kibbuz-Bewegung, deren Krise in den 80er Jahren unter anderem auf die zu großen und unpersönlichen Strukturen zurückzuführen sei.

Sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf persönlicher Ebene werden die meisten Belange in den Kleingruppen verhandelt, sie bilden den Lebensmittelpunkt. Darüber hinaus gebe es jedoch auch die Gesamtorganisation. So werden beispielsweise die PKWs von allen Mitgliedern der Kommunebewegung finanziert und benutzt. Auch das Selbststudium werde von einem Gremium der Hano'ar Ha'oved koordiniert und die Inhalte gemeinsam abgeprochen. Fast alle Mitglieder würden im pädagogischen Bereich mit sozial schwächeren Jugendlichen arbeiten. Die Verteilung der Arbeit werde von der Hano'ar Ha'oved organisiert, so arbeiten einige Mitglieder des Kibbuz Ravid in Tel Aviv mit BewohnerInnen anderer Kommunen zusammen.

Kernbestandteil des gemeinsamen Zusammenlebens bilde ein Studientag in der Woche, zu dem sich die BewohnerInnen treffen, um zu lernen und zu diskutieren. Obwohl auch in Israel ein Leben nach „sozialistischer“ Art derzeit nicht leicht zu bewerkstelligen sei, habe die Kommunebewegung der Hano'ar Ha'oved Zulauf und versuche systematisch, größer zu werden. Gemeinsam sei allen Mitgliedern die Vorstellung einer besseren israelischen Gesellschaft, die auf moralischen Werten beruhe. Auch wenn man in Israel auf eine viele Jahrzehnte alte Tradition des kollektiven Lebens und Arbeitens zurückgreifen könne, sei das Leben in den Kommunen der Hano'ar Ha'oved experimentell und im Ergebnis offen. Die „Gründergeneration“ dieser neuen Kommunebewegung bekomme derzeit die ersten Kinder. Wie sich dies auf das Zusammenleben auswirken werde, sei noch offen. Anregungen holten sich die KommunardInnen auch anderswo, so habe beispielsweise vor 4 Jahren eine Gruppe aus dem Kibbuz Ravid die Kommune Niederkaufungen bei Kassel besucht, um sich mit ihnen auszutauschen und von ihren Erfahrungen zu profitieren.



Das Gespräch mit Gary Levy, Merav Kvashne und Guy Teltsh aus dem Kibbuz Ravid war sehr spannend, da man einiges über die Arbeit und das konkrete Zusammenleben der Kommunebewegung von Hano'ar Ha'oved erfahren konnte. Die Schilderungen der alternativen Polenfahrten von Hano'ar Ha'oved verdeutlichten zudem auch die Unterschiede in der Diskussion um die Shoah zwischen Israel und Deutschland.

Am späten Abend stieß noch Yoram Bar-Kovetz zu uns, der bei der Hano'ar Ha'oved für die gewerkschaftliche Jugendarbeit zuständig ist. Er berichtete uns, dass jugendliche ArbeitnehmerInnen teilweise unter miserablen Bedingungen arbeiten müssen. Viele verdienen nur 1 EUR pro Stunde. Die Hano'ar Ha'oved vertrete die Jugendlichen gegenüber den Arbeitgebern und ggf. vor dem Arbeitsgericht, wenn ihnen Lohn vorenthalten wird. Gerade vertrete die Hano'ar Ha'oved 238 Jugendliche, die für die Likud-Partei gearbeitet und überhaupt keinen Lohn erhalten hätten. Um die Jugendlichen über ihre Mindestrechte aufzuklären, hat die Hano'ar Ha'oved 100.000 Karten drucken lassen, die in hebräisch und arabisch über die gesetzlichen Mindestlöhne für Jugendliche, Arbeitszeiten und grundlegende Rechte informieren. Viele Aktive von der Hano'ar Ha'oved hätten diese Karten stets dabei, um sie an jugendliche ArbeitnehmerInnen zu verteilen.

Derzeit hat die Hano'ar Ha'oved einen Konflikt mit dem Erziehungsministerium, da sie sich an regierungskritischen Demonstrationen beteiligt hat und das Ministerium aufgrund seiner finanziellen Förderung von Projekten der Hano'ar Ha'oved fordert, dass solche Aktionen zukünftig unterbleiben. Yoram machte deutlich, dass ein solcher Handel für sie nicht in Frage kommt.

Leider konnten wir die Diskussion nicht mehr weiter vertiefen, da wir nach dem langen Tag alle unglaublich müde waren.

Steffen und Frank



Kindermuseum in Lochamei Hageta'ot



Nachdem es am Freitag leider nicht mehr geklappt hatte, das Kindermuseum im Kibbuz der GhettoKämpfer zu besichtigen, erhielten wir Samstagvormittag glücklicherweise doch noch die Gelegenheit, der Einrichtung einen Besuch abzustatten. Nach Darstellung der Museumleitung soll dieses kleine Museum auf dem Kibbuzgelände einerseits an die 1,5 Millionen Kinder erinnern, die im Holocaust ermordet wurden, und andererseits Kindern und Jugendlichen eine Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust ermöglichen.

Hier zeigt sich nicht nur die Bedeutung, die das Gedenken an die ermordeten Kinder und Jugendlichen in Israel einnimmt (die auch in Yad Vashem auffällt), sondern auch ein hoher erzieherischer Anspruch. Auf sehr greifbare Art und Weise werden die BesucherInnen mit der zunehmenden Ausgrenzung von Juden und Jüdinnen im nationalsozialistischen Deutschland konfrontiert. Die Vermittlung erfolgt dabei nicht anhand ausführlicher Texte, sondern durch visuelle und fühlbare Eindrücke: So wird z.B. der Weg, der durch das Museum führt, immer enger, die Wände links und rechts parallel dazu höher - ein Symbol für die zunehmenden Repressionen gegenüber Juden und Jüdinnen und die

Einschränkung ihrer Freiheit. Folgt man dem Rundgang, führt dieser weiter durch ein nachgebautes Ghetto, dessen unheimliche Enge insbesondere Kindern deutlich werden muss, wenn sie in größeren Gruppen das Museum besuchen und sich in den schmalen „Gassen“ wiederfinden. Schritt für Schritt erfolgt die Konfrontation der BesucherInnen mit den einzelnen Etappen der Verfolgungsgeschichte. Die Deportationen etwa werden mit Zugeräuschen, Dunkelheit und begehbaren Schienen visualisiert.

Im Anschluss an den Rundgang hatten wir die Möglichkeit, einen kurzen Einblick in die unmittelbare Auseinandersetzung der Kinder mit den Themen Nationalsozialismus und Holocaust zu erhalten. Die meisten Kinder kommen in Gruppen und werden im Anschluss an den Besuch pädagogisch betreut, um das Gesehene verarbeiten zu können.

Auch wenn es schwer ist, sich in die Rolle eines Kindes zu versetzen, das ganz anders mit Geräuschen, Licht und Größenverhältnissen umgeht, hat mich diese Art der Museumspädagogik fasziniert.

*Infos: Beth Lochame Haghetaot,
e-mail: ualoni@gfh.org.il*

Dagmar



Kibbuz Eshbal



Am Samstag besuchten wir Kibbuz Eshbal, in Galiläa gelegen, und erfuhren in einem Stuhlkreis-Gespräch mit Dafna Na'aman und Itay Oren über den Arbeitsalltag der Kibbuz-BewohnerInnen und ihr politisches Engagement.

In dem Kibbuz würden Mitglieder der seit 14 Jahren bestehenden Erwachsenenbewegung der Hano'ar Ha'oved leben und arbeiten. Es bestehe aus neun kleineren Gruppen, die jeweils eine Gemeinschaftsküche, ein Bad etc. teilen. Jede Gruppe sei in einem Alter (ca. 22 Jahre oder 27 Jahre). Bis jetzt gebe es hier noch keinen Kindernachwuchs.

Die Kleingruppe habe den Vorteil, dass die Bedürfnisse und Probleme gemeinschaftlich besprochen werden könnten, da jede/r jede/n persönlich kenne. So könne das Zusammenleben und Zusammenarbeiten erfolgreich funktionieren. Einmal pro Woche finde eine gemeinsame Besprechung statt. Es gehe dann um Aufgaben, Arbeitsplanung, Politik und persönliche Dinge, die in der Gruppe geklärt werden sollen.

Die jeweiligen Einkommen würden in die Kibbuz-Kasse fließen, aus der Steuern gezahlt würden und Geld in die Gruppenbudgets komme. Alle Ausgaben würden aus dem Gruppen-Budget finanziert. Auch die Autos seien Kollektiveigentum.

An einem Tag pro Woche würden sich die Mitglieder theoretisch in Beit Berl weiterbilden, die Inhalte könnten sie sich aber gemeinsam mit den ReferentInnen aussuchen. An Universitäten zu studieren lehnen sie ab, allerdings bräuchten sie oft Diplome zur Anerkennung ihrer Arbeit. In Beit Berl werde es ihnen ermöglicht, Abschlüsse zu erhalten.

Das Zusammenleben müsse in einem langen Prozess aufgebaut werden. Wie wir auch schon in vergangenen Begegnungen mit KommunardInnen erfahren haben, entstünden die Gruppen schon in der Jugendzeit und seien über viele Jahre eine Gruppe, bis sie in den Kibbuzim zusammen lebten. Der Erwachsenenbewegung könne man im Regelfall nur als Gruppe beitreten.

Bei Eshbal handele es sich nicht um einen „klassischen“, sondern um einen Erziehungskibbuz. Die gemeinsame pädagogische Arbeit wende sich an ganz Israel und solle Alternativen zur persönlichen Vereinsamung bieten.

Seit 6 Jahren helfe der Kibbuz zusammen mit Jugendlichen den BewohnerInnen eines nicht anerkannten Beduinendorfes, dessen Blechhütten keine Wasser- und Stromversorgung haben. Die Kinder dort würden kaum zur Schule gehen. Im gemeinsamen Engagement von jungen und älteren Juden und Arabern würden zum Beispiel Ausflüge organisiert.

Auf dem Gelände des Kibbuz befände sich ein Internat für „rahmenlose“ Jugendliche, die aus anderen Erziehungssystemen heraus gefallen seien und Probleme hätten, wie zum Beispiel Drogenabhängigkeit, Kriminalität, Obdachlosigkeit, elterliche Gewalt. In ganz Israel seien ca. 40.000 Kinder von diesen Problemen betroffen. In Eshbal würden jüdische, arabische und drusische Jugendliche sowie Jugendliche aus Beduinenfamilien aus den umliegenden Städten und Dörfern gemeinsam betreut werden.

Die stets gleich hohe finanzielle Integrationshilfe reiche für manche Gruppen nicht aus, sie benötigten auch praktische

Unterstützung. Besonders Kinder von EinwanderInnen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie ÄthiopierInnen hätten Integrationsprobleme. Die innere Familienstruktur sei zerstört, Familienbande würden zerrissen. Der Kulturschock führe zu Arbeitslosigkeit. Die Kinder, in religiöse Internate gezwungen, lebten lieber auf der Straße und hielten nur geringfügig Kontakt zu den häufig gewalttätigen Eltern.

Im Kibbuz Eshbal lernten sie zuerst Grundlagen zum Lernen, beispielsweise sich länger zu konzentrieren, zu kommunizieren und zu lesen. Dann würden sie Sonderklassen in der Schule eines anderen Kibbuz besuchen und nachmittags in Eshbal Alltagswissen lernen (Verantwortung übernehmen etc.). Abends biete ihnen der Kibbuz Freizeitaktivitäten.

Nach drei Jahren würden die Jugendlichen einen Abschluss bekommen und zum Militär gehen, doch die Verbindungen blieben weiter aufrechterhalten.

Der Kibbuz habe Kontakte zu umliegenden Dörfern. Jugendliche der Oberstufe lehrten jüngeren Kindern Methoden eigenständigen Lernens und böten Unterstützung für Mathe, Englisch und Verständnis von Büchern.

Wichtig seien die zwischenmenschliche Kontakte. Die LeiterInnen würden den Jugendlichen Selbstvertrauen geben und vor allem die Kluft zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen überbrücken. Durch gemeinschaftliche Aktivitäten sollen Feindbilder abgebaut werden. So führen die Jugendlichen gemeinsam Gartenarbeiten aus, pflegten Pferde und hätten auch die Möglichkeit zu reiten.

Jugendbewegungen seien somit für Is-



rael sehr wichtig, wie auch schon in der Geschichte Staates. Sie täten das, was sie richtig und wichtig finden, und würden weniger beachten, ob sie dafür Geld bekommen. Ihr Ziel sei die Bekämpfung des Rassismus und eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen anderen helfen, weil sie ihnen helfen wollen. Jugendliche bis 18 Jahren würden in Israel staatlich minimal finanziell unterstützt werden. „Die Regierung verletzt Schwache“, meinen unsere GesprächspartnerInnen, und kümmere sich nur um die Reichen. Über das Internat arbeite man mit dem Erziehungsministerium zusammen und werde finanziell unterstützt, der Kibbuz selbst allerdings nicht. Im Gegensatz zu anderen Kibbuzim, die gefördert würden, erschwere die Regierung die Kibbuzentwicklung der Hano'ar Ha'oved und die Gewerkschaftsarbeit, denn beides stehe der neoliberalen Politik entgegen.

Nach dem Stuhlkreisgespräch machten wir einen kleinen Rundgang über das Gelände. So konnten wir zum Beispiel eines der schlichten Gebäude sehen, in denen die Jugendlichen leben, und die genauso strukturiert sind wie die Gebäude der Kibbuz-Mitglieder. Danach besuchten wir die Baustelle eines neuen Kibbuz-Gemeinschaftshauses, welches die Mitglieder größtenteils selbst bauen würden. Ebenso wie die Philosophie der Hano'ar Ha'oved-Kibbuzim, so ist auch die Architektur sehr durch den Gemeinschaftssinn geprägt. So teilen sich meist zwei Menschen ein Zimmer und die Gemeinschaftsräume bilden eine Art Zentrum.

Franz und Horst

Yad Vashem



Am Sonntag haben wir in Jerusalem die wichtigste staatliche Gedenkstätte an den Holocaust in Israel besucht und durch das Personal der Einrichtung eine Führung mit anschließendem Gespräch bekommen.

Yad heißt Gedenken und Vashem heißt Name; den Toten sollte ein Name gegeben werden, es ist eine Bedeutung aus der Bibel. Diese staatliche Einrichtung zur Erinnerung an die Opfer der Shoah wurde in den 50er Jahren von Überlebenden gegründet. Der Verlust von 6 Millionen Jüdinnen und Juden, was ein Drittel aller Juden weltweit ausmachte, sollte betrauert werden.

Derzeit gibt es einen Umbau des Geländes, weil die Generation der Überlebenden langsam stirbt, die Zusammenarbeit mit den Überlebenden aber immer einen Schwerpunkt darstellte und nun eine Veränderung in der Konzeption eintritt. Im März / April 2005 wird das neue Konzept fertig sein.

Seit 1962 ist am Eingang die Allee der Gerechten unter den Völkern. Sie befindet sich gerade deshalb am Eingang, weil danach nur noch Verzweiflung kommt. Für jede/n der 20.000 namentlich bekannten Menschen, die Juden das Überleben ermöglichten, wird in der Allee der Gerechten unter den Völkern ein Baum gepflanzt. Diese Form der Ehrung war jedoch nicht immer unumstritten, so gab es in Israel etwa eine langwierige Diskussion darüber, welche Bedeutung es hat, Personen wie Oskar Schindler zu ehren, der NSDAP-Mitglied war, aber dennoch Juden rettete. Hier solle eine Botschaft an die Menschheit gesendet werden, dass sich Menschen ändern können. Es gibt jedoch auch genügend Beispiele von weniger bekannten Personen, die Juden retteten, wie etwa die Sozialarbeiterin Irena Sendler, die ca. 2.500 Kinder aus dem Warschauer Ghetto versteckte, verhaftet und von der Gestapo gefoltert und schließlich vom polnischen Untergrund freigekauft wurde. Die überlebenden Kinder lebten unter falscher Iden-

tität weiter, die meisten wanderten später nach Israel ein.

Gedenken an die Kinder (Yad Yaleled): 1,5 Mio. Kinder sind im Holocaust umgebracht worden. An dieser Stelle soll dem besonderen Leiden und der besonderen Verfolgung von Kindern gedacht werden. Die Kinder in der Nazizeit verloren die Unbeschwertheit ihrer Kindheit und die Orientierung an der Autorität der Eltern. Kinder haben oft ihr Leben riskiert wenn sie z.B. versuchten, Lebensmittel in die Ghettos zu schmuggeln. Die Grabform des Denkmals deutet darauf hin, dass das Leben der Kinder abrupt und viel zu früh beendet wurde. Dieses Denkmal wurde 1988 von überlebenden Eltern für ihr getötetes Kind und alle anderen Kinder erbaut, denn es sollte in Yad Vashem nicht nur individuell, sondern auch kollektiv erinnert werden. Zu Yad Yaleled gehört außerdem ein dunkler weiter Raum mit wenigen Kerzen, die durch Spiegel unendlich vervielfältigt werden, in dem Namen, Alter und Herkunft von im Holocaust ermordeten Kindern in verschiedenen Sprachen vorgelesen werden.

The Hall of Remembrance ist das erste in den 1950er Jahren erbaute Gebäude in Yad Vashem. Es wird für offizielle Feiern wie Staatsbesuche genutzt. Hier brennt die „ewige Flamme“ und die Namen von 22 Vernichtungsstätten sind in den Boden eingearbeitet, unter dem sich die Asche von tausenden Toten befindet. Dieser Raum ist sehr unpersönlich gestaltet, die Stimmung ist schwer, dunkel, man selber ist klein, die Anzahl von 6 Millionen Getöteten drückt einen zusammen; es ist eine Schockreaktion auf die Trauer um die verlorenen Menschen. Die sozialistischen Einflüsse der Gesellschaft werden an der Architektur des Gebäudes, aber auch anhand der offensichtlichen Hilflosigkeit mit dem Thema umzugehen, deutlich.

The Warsaw Ghetto Square ist einem Platz in Warschau nachempfunden und wurde in Yad Vashem in den 1970ern nachgebaut. Der Platz dient den jährli-

chen staatlichen Feiern am Tag des Ghettoaufstandes. Das Konzept wurde von den Überlebenden des Aufstandes in Warschau entwickelt, die anklagten, dass sich so viele Juden „wie Lämmer zur Schlachtbank“ haben führen lassen, das Bild des wehrlosen Juden sollte gebrochen werden - eine Sichtweise, die lange Zeit auch den Umgang mit dem Holocaust in Israel dominierte. Das Denkmal ist zweigeteilt, auf der einen Seite die „gebeugten Juden“, die nach Auschwitz abgeführt und transportiert werden und auf der anderen Seite die „heroischen Kämpfer“.

The Cattle Car – Dieses Denkmal für die Deportierten wurde erst 1995 eingerichtet und besteht aus einem originalen Reichsbahnwaggon, der in den Abgrund führt. Er ist Symbol für die Bedingungen der Deportationen, also den Platzmangel, den Wassermangel, den Hunger, die Dehumanisierung und für den Übergang von der Welt der Lebenden in die Welt der Toten und der Ungewissheit. In der Ausstellung des Washingtoner United States Holocaust Memorial Museum kann man durch einen Waggon gehen, der tatsächlich für Deportationen benutzt worden ist, aber in Yad Vashem hat man sich geeinigt, dass man dem Weg nicht nachvollziehen muss, um mehr zu verstehen.

The Valley of the Communities soll verdeutlichen, woher die ermordeten Juden kamen, welche Welt dahinter stand und wie viel verloren ging. Das Tal besteht aus Steinen, auf denen heute wieder Pflanzen wachsen, diese stehen für Israel; die Kontinuität von (Über)Leben soll deutlich werden. Das Tal ist wie eine Karte von Europa angeordnet, die Gänge sind wie ein Labyrinth, welches Symbol für die Ausweglosigkeit der Juden im NS sein soll.

In Yad Vashem gibt es außerdem eine Schule für internationale Seminare, besonders für LehrerInnen der Geschichte. Schwerpunkt ist die Geschichte des Antisemitismus und des Holocaust. Es kommen vorrangig Menschen aus Deutschland und Osteuropa.



Persönliche Eindrücke

Yad Vashem eröffnete uns auf äußerst beeindruckende Art und Weise einen Einblick in die verschiedenen historischen und aktuellen Formen des Holocaust-Gedenkens in Israel. Die jeweiligen Gedenkortorte sprechen nicht nur inhaltlich, sondern auch durch Form und Stil ihre eigene Sprache. Während in den 50er und 60er Jahren in erster Linie der eher abstrakt bleibenden Anzahl von 6 Millionen ermordeten Menschen gedacht wurde, rücken die später gestalteten Gedenkortorte das Individuum deutlicher in den Vordergrund. Insbesondere die Kindergedenkstätte Yad Yaled und die dort herrschende bedrückende Atmosphäre ermöglichen durch die Nennung einzelner Namen, die Abstraktheit der 6 Millionen Menschen zu durchbrechen. Im Gegensatz dazu steht mit Sicherheit die Hall of Remembrance, in der kaum mit visuellen Eindrücken gearbeitet wird und die Masse der Ermordeten anonym bleibt.

Neben der Auseinandersetzung mit der Gedenkstätte selber war unsere gemeinsame Gedenkzeremonie im Tal der verlorenen Gemeinden mit Sicherheit das wichtigste Erlebnis an diesem Tag. Die Beschäftigung mit Individuen, mit der Geschichte von Menschen, die in Vernichtungslagern ermordet wurden, ermöglichte es uns an diesem Ort des Gedenkens, einen persönlichen Zugang zu bekommen, auch wenn wir diesen letztlich als Nachfahren der Tätergesellschaft nie auf der selben Ebene haben werden, wie die Nachkommen der Opfer. Das anschließende Gespräch mit unseren israelischen BegleiterInnen und den Mitarbeitern von Yad Vashem hat einmal mehr die unterschiedlichen Blickwinkel und „SprecherInnenorte“ im Bezug auf die Geschichte des Holocaust und deren Rezeption in Israel und Deutschland verdeutlicht, die uns während unserer Reise immer wieder beschäftigt haben. Es war schön, eine Annäherung zwischen uns und den israelischen GesprächsteilnehmerInnen, vor allem auf persönlicher Ebene, zu bemerken, die wohl auch deshalb zustande kam, weil Themen und Konflikte in diesem Moment zum Teil offen angesprochen wurden.

Insgesamt ein sehr spannender und emotionaler Vormittag, der uns allen sicherlich noch lange im Gedächtnis bleiben wird.

www.yad-vashem.org.il

Uli und Dagmar

Besichtigung der Altstadt Jerusalems und Besuch im Histadrut-Gebäude





Abendessen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Ostjerusalem



Vor unserer Ankunft war noch nicht klar, ob wir die Möglichkeit haben würden, ein Gespräch mit den MitarbeiterInnen des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) für die Palästinensischen Gebiete zu führen. Wir hatten uns dies gewünscht, weil die Situation in Israel in vielerlei Hinsicht mit der Situation in den Palästinensischen Gebieten verknüpft ist, über die wir so gut wie nichts wissen. Insbesondere interessierte es uns, etwas über das zivilgesellschaftlich-demokratische Potential zu erfahren. Vor unserer Reise hatten wir eingeschätzt, überfordert damit zu sein, uns direkt mit der Perspektive der PalästinenserInnen auseinander zu setzen. Dies hätte eine eigenständige Vorbereitung erfordert. Daher waren wir froh, das Gespräch mit den MitarbeiterInnen der FES führen zu können, die einerseits Informationsmittlerinnen waren und uns andererseits einen Einblick in die Projekte der FES gaben.



Wir wurden im Restaurant des Hotels Ambassador in Ostjerusalem von der Leiterin des FES-Büros Michèle Auga empfangen. Sie wies darauf hin, dass gegenwärtig wenig Besuch komme. Gesprächspartnerinnen waren darüber hinaus Elisabeth Petersen, Mitarbeiterin für Jugend und Frauen, sowie die Praktikantin Sarah Albrecht. Aufgrund der Erkrankung eines Mitarbeiters war die Sitzordnung so angeordnet, dass an drei Tischen die deutschen Teilnehmenden mit jeweils einer Mitarbeiterin der FES saßen und an einem anderen Tisch die israelischen Teilnehmer. Ruthi übersetzte die Ausführungen von Michèle Auga für die Israelis, die sich jedoch nicht in die allgemeine Diskussion einbringen konnten. Dies wurde sowohl von den deutschen als auch von den israelischen Teilnehmenden als unglücklich empfunden.



Hier das Gespräch am Tisch mit Michèle Auga:

Die Pläne der FES, ein Büro für die Palästinensischen Gebiete zu eröffnen, gingen auf das Ende der 1980er Jahre zurück.

Vom Büro in Amman, Jordanien, seien zivilgesellschaftliche Partner in den Palästinensischen Gebieten gesucht worden. Kontakte hätten bereits mit dem palästinensischen Gewerkschaftsverband PGFTU bestanden. Nach dem Osloer Abkommen 1993 sei die Friedrich-Ebert-Stiftung die erste deutsche Stiftung mit einem Büro in den Palästinensischen Gebieten gewesen. Das Büro sei in Ostjerusalem – und nicht beispielsweise in Ramallah oder im Gaza-Streifen – eröffnet worden, um ein Zeichen in der Frage der Endstatusverhandlungen zu setzen. Dies habe den Nachteil, dass sich vieles in Ramallah abspiele, aber den Vorteil der Bewegungsfreiheit.

1994/95 sei das Büro mit dem Ziel geöffnet worden, mitzuwirken, dass ein demokratischer (also transparenter und pluralistischer) palästinensischer Staat entstehe. Die FES wolle dieses Oberziel nicht aufgeben, trotz des allgemeinen Trends vieler Organisationen und Hilfsorganisationen, nur noch humanitäre Nothilfe zu leisten.

Die Arbeit des Ostjerusalemers Büros der FES teile sich in drei Programmsäulen:

- 1) Reformprogramm
- 2) Zivilgesellschaft
- 3) Dialogprogramm

Zu 1: Reformprogramm

Die Strukturen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) seien ähnlich denen in den anderen arabischen Staaten: patriarchal und autoritär. Dennoch habe die palästinensische Gesellschaft ein besonderes Potential zur Demokratisierung: Schon lange Zeit habe die Bevölkerung unter mehreren Fremdherrschaften gelebt und daher gelernt, Probleme vor Ort zu lösen. Es gebe daher Strukturen von Selbstorganisation und Zivilgesellschaft (z. B. existiert ein Kalender mit Adressen von zivilgesellschaftlichen Organisationen),



wenn auch auf schwachen Füßen. Ohne die Situation zu verklären, müssten diese Ansätze gesehen und genutzt werden.

Nach dem Exil der PLO hätten sich demokratische Strukturen wie nirgendwo sonst in der arabischen Welt entwickelt. In den Jahren 1994 – 1998 habe es beispielsweise Proteste gegen Gesetzesvorlagen der PA gegeben, die oft aus anderen arabischen Staaten übernommen worden seien. Es habe Fortschritte in der demokratischen Entwicklung bis zum Beginn der 2. Intifada gegeben. Jetzt argumentiere die PA nur noch, keine Zeit für Reformen zu haben.

Der Ansatz der FES sei es, die „zarten Pflänzchen zu pflegen“, z. B. durch Beratung von Ministerien (über Transparenz, den Zugang von Verbänden, Gender Mainstreaming, die Art von Entscheidungsprozessen) und Unterstützung bei der Verbesserung der Parlamentsarbeit, die auf keine eigene Geschichte zurückblicken kann. Noch stünden die Türen dafür offen.

Zu 2: Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft sei ein Gegengewicht zum Parlament. 60% der PalästinenserInnen seien unter 25 Jahre alt und damit die wichtigste Zielgruppe für die Projekte der FES. Die FES habe bisher 4.000 Teilnehmende, darunter 600 Multiplikatoren mit Seminaren und Workshops erreicht. Oft teilten die Teilnehmenden mit, dass sie das erste Mal die Möglichkeit hatten, über die angesprochenen Fragen zu sprechen. Manche meinten aber auch, dass sie derzeit andere Probleme hätten. Weiterhin veranstalte die FES Camps. Diese sollten Zeit und Möglichkeit geben, über alltägliche Bedürfnisse zu sprechen, ohne indoktriniert zu werden. Die Projekte würden sowohl in der Westbank als auch im Gaza-Streifen angeboten. Michèle Auga sieht dafür einen dringenden Bedarf, um zu verhindern, dass der Islamische Dschihad oder Hamas die Leute einfangen.

Im Angebot der FES seien auch zielgruppenspezifische Programme, z. B. für Frauen und für Journalisten.

Zu 3: Dialogprogramm

Ziel des Dialogprogramms sei es, die palästinensische Position im palästinensisch-israelischen Dialog zu stärken und bekannt zu machen.

Ein Beispiel dafür sei das Jerusalem-Berlin-Forum. Die Menschen in Jerusalem wollten nicht bis zur Endverhandlung über den Status der Stadt warten, sondern akute Probleme (Müll, Verkehr, Umwelt, ...) lösen. Mit Fachleuten aus Berlin, die Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einer geteilten Stadt haben, sollen Lösungen für die Stadt Jerusalem gefunden werden. Selbst zu Zeiten des kalten Krieges habe es in Berlin Zusammenarbeit zwischen Ost und West gegeben, z. B. hinsichtlich der Abwasserentsorgung. In Workshops seien Perspektiven und Vorschläge entwickelt worden, mit denen teilweise auch an die Öffentlichkeit gegangen werde.

Ein weiteres Beispiel sei das Thema Flüchtlinge. Auf palästinensischer Seite gebe es mittlerweile die Erkenntnis, dass die Fixierung auf die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen nach Israel nicht weiterführe. Das „Diaspora and Refugee Center“ in Ramallah wollte eine öffentliche Diskussion darüber initiieren, dass es auf der Welt noch andere Flüchtlinge gibt und dass die palästinensischen Flüchtlinge für politische Ziele missbraucht würden. Die Identität der palästinensischen Flüchtlinge müsse neu diskutiert werden. Das Center plante, einen Film zu zeigen, in dem es um das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge aus dem Irak geht. Die FES habe zunächst heftig von diesem Vorhaben abgeraten, weil sie eine Eskalation befürchtete. Das Center habe jedoch insistiert und so wurde der Film in einem großen Kino in Ramallah gezeigt – mit einem vollen Saal und zweistündiger Diskussion nach dem Film. Die Planung sei nun, auch in anderen Städten Film- und Diskussionsveranstaltungen über die Situation von Flüchtlingen zu organisieren. Das Ziel der FES sei dabei, das Thema Flüchtlingsidentität zu de-essentialisieren.

Neben den drei Programmsäulen habe das Büro noch weitere Aufgaben, z. B. Hintergrundberichte zu verfassen und De-

legationen zu empfangen und zu informieren.

Zur Frage, wie stark die Strömungen in der palästinensischen Zivilgesellschaft sind, die das Existenzrecht Israels anerkennen und sich vertrauensbildend für eine Zweistaatlichkeit einsetzen, hob Michèle Auga die neue Bewegung um den Medical Relief Service von Mustafa Barghouti hervor. Auch die Palestinian National Initiative von Haida Abdulschafi (?) setze sich für eine Zweistaatlichkeit ein und spreche sich offen gegen Selbstmordattentate aus. Die Selbsteinschätzung belaufe sich auf 25 – 30% des Stimmentails in der Bevölkerung. Es handele sich um den Teil der Zivilgesellschaft, der nie zur Macht gelangt sei. Die Kommunikation dieser Gruppen gestalte sich jedoch schwierig.

Bezug nehmend auf eine Tagung der FES in Beirut, bei der auch Vertreter der Hizbollah als Referenten eingeladen wurden, wurde gefragt, ob die FES auch einen Dialog mit der Hizbollah führe. Michèle Auga erläuterte, dass es die Politik der FES sei, einen kritischen Dialog mit den reform- und diskussionsbereiten Kräften zu führen, nicht aber ein Sprachrohr zu geben. Insgesamt sei die Hoffnung, dass durch politische Einbindung eine Entmystifizierung dieser Bewegungen erfolge und nach der Desillusionierung über die Bewältigung der praktischen Probleme auch ein Verlust an Unterstützung in der Bevölkerung.

Wir erhielten noch einige ökonomische Daten: Das Wachstum in den palästinensischen Gebieten betrage minus 22%, 60% der Bevölkerung lebten unter der Armutsgrenze von 2,50 \$ pro Tag. Das durchschnittliche pro-Kopf-Einkommen beträgt 2.300 \$ pro Jahr. In Kalkilja sind 80% der erwerbsfähigen Menschen arbeitslos.

Falls wir noch einmal kommen würden, sagte uns Michèle Auga abschließend, gebe es durchaus Partner, die wir treffen könnten.

www.hdip.org

Julika

Deutsche Botschaft Tel Aviv



Der Besuch bei der Deutschen Botschaft begann mit Irritationen. Dr. Gisela Steffens (Wissenschaftsreferentin) und Dr. Albrecht von Wittgen (Wirtschaftsreferent) empfingen uns in einem frontal bestuhlten Saal – das erste Mal seit unserer Ankunft. Gesondert musste begründet werden, warum für unsere israelischen PartnerInnen übersetzt wurde.

Die beiden Botschaftsangehörigen informierten uns, dass diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel erst seit 1965 bestehen. Voraussetzung dafür war das 1952 verabschiedete Wiedergutmachungsabkommen. Nach wie vor würden sich die deutsch-israelischen Beziehungen auf dünnem Eis bewegen. Deutschen werde in Israel bis heute sehr wenig Sympathie entgegengebracht. Deutschland rangiere auf der Sympathieskala gemeinsam mit Libyen und den PalästinenserInnen. Nur 8% Israelis hätten deutliche Sympathie, 50% bekundeten, sie hätten wenig bis gar keine Sympathie. Dennoch habe sich die Beziehung zwischen den Ländern deutlich verbessert. Die deutschen Reisenden würden auch heute noch den Großteil der Touristen ausmachen. Unsere GesprächspartnerInnen beschrieben die Israelis als traumatisiert, ängstlich, allein gelassen zu werden, sie würden als nervös gelten und als Menschen mit einer Rette-sich-wer-kann-Mentalität. Frau Steffens und Herr Wittgens führten das auf die Entstehungsgeschichte des Landes und den immer wieder aufblühenden Krieg zurück. Nicht nur Deutschland, auch Europa insgesamt werde in Israel sehr kritisch gesehen. Gründe dafür seien vor allem die Unterstützung der PalästinenserInnen, aber auch eine

Angst vor einem Bedeutungsverlust Israels durch die Ost-Erweiterung der EU. Fischer gelte dagegen als echter Freund Israels. Niemand wünsche sich, dass die EU im Nahen Osten eine Rolle spiele. Die USA werde als einziger verlässlicher Partner angesehen. Es gebe ein israelisches Interesse, Teil des EU-Binnenmarktes zu sein, auch ohne EU-Mitgliedschaft. Der Wirtschaftsreferent sah das allerdings problematisch. EU-Verbindungen dürften nicht zum „Rosinenpicken“ führen. Insgesamt, so wurde uns berichtet, gebe es unzählige von deutscher Seite geförderte Kooperationen, darunter Stipendien, Wissenschaftsförderung, Wasser-Projekte, Industrie- und wirtschaftsnahe Forschung und eine Unterstützung der Gedenkstätte Yad Vashem. Unser Hinweis auf eine gerade beendete Förderung eines Instituts ändere daher nichts an dem Sachverhalt.

Über ihre Fachgebiete hinaus beantworteten uns die beiden noch ein paar allgemein interessante Fragen: Seit Beginn der Intifada seien die Anträge aus Deutschland emigrierter Juden und ihrer Nachkommen auf die deutsche Staatsbürgerschaft gestiegen. Insbesondere, weil diese auch die EU-Mitgliedschaft und damit den Zugang zum EU-Arbeitsmarkt sichere. Die Staatsbürgerschaft kann an nachfolgende Generationen weiter gegeben werden.

Seit der Intifada befinde sich Israel in einer großen Rezession. Im Jahr 2000 habe es noch ein Wirtschaftswachstum von 6,2% gegeben. Im Jahr 2001 sei das Bruttoinlandsprodukt um 0,9%, im Jahr 2002 um 0,8% gesunken. Dabei sinke auch das Durchschnittseinkommen in Israel um dramatische 13,6% (BIP in Kaufkraft-

paritäten). Der Durchschnittslohn betrage derzeit 7.000 Shekel. Das wiege umso schwerer, wenn man bedenke, dass Israel auch zuvor kein sehr hohes Wohlstandsniveau gehabt habe. Israel rangiere, was das Wohlstandsniveau angehe, bei den Ländern, die in der EU besonders schlecht dastehen, wie Griechenland und Portugal. Dabei gebe es enorme Einkommensunterschiede im Land selbst. Das Land gleiche einerseits einer „High Tech Nation“, andererseits einem Entwicklungsland. Im Bereich des Tourismus verzeichne Israel gigantische Einbußen. Allein im Jahr 2002 handelt es sich um volkswirtschaftliche Verluste von 2 Milliarden Dollar.

Im Anschluss an die überwiegend sehr glatte Präsentation deutscher Förderung israelischer Projekte entspann sich eine sehr kontroverse Diskussion über Antisemitismus in Deutschland und über Gewerkschaften. Die Botschaftsangehörigen stellten in Abrede, dass Antisemitismus in Deutschland derzeit ein relevantes Problem darstellt. Als ihnen die Argumente ausgingen, wechselten sie das Thema. Aber auch bei beim Räsonieren über den Sinn von Streiks und Gewerkschaften glänzten die deutschen Botschaftsangehörigen nicht gerade durch Kompetenz sowie Respekt vor ArbeitnehmerInnenorganisation und unseren israelischen GastgeberInnen. Für gewerkschaftliche Besuche wünschen wir uns von der Botschaft in Zukunft weniger arrogante und in sozialen Fragen kompetentere AnsprechpartnerInnen.

Informationen auf englisch:
www.germanemb.org.il

Barbara

Gespräch bei der Histadrut: „Die Histadrut und Arbeitskräfte in Israel mit ausländischer Staatsangehörigkeit“

Bei unserem erneuten Besuch bei der Histadrut wollten wir uns gezielt mit der Frage nach der gewerkschaftlichen Arbeit für und von sogenannten FremdarbeiterInnen beschäftigen. Dazu gab zunächst Gershon Gelmann, Vorsitzender der Histadrutvertretung in Tel Aviv, eine Einführung. Die Notwendigkeit von spezifischen Angeboten für nichtjüdische ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund, die zunächst für eine befristete Zeit nach Israel kommen, um hier Geld zu verdienen, bestehe erst seit rund 10 Jahren. In Folge der Grenzabriegelung nach der ersten Intifada und um die Abhängigkeit der israelischen Wirtschaft von palästinensischen ArbeiterInnen aufzuheben seien erstmals in größerer Zahl sogenannte FremdarbeiterInnen nach Israel gekommen. Derzeit seien etwa 200.000 Menschen aus der ganzen Welt teilweise mit legalem Aufenthaltsstatus, teilweise ohne im Land. Die neuen Arbeitskräfte kämen vor allem aus Asien und Osteuropa. Die meisten von ihnen seien von den Philippinen, Thailand und China, aber auch aus Rumänien, der ehemaligen Sowjetunion oder Bulgarien. Ein kleinerer Teil fände den Weg von Südamerika oder Afrika nach Israel. Innerhalb dieser Gruppe seien mehr Frauen als Männer, das Verhältnis in etwa 70/30. Ähnlich wie in Deutschland seien die FremdarbeiterInnen vor allem in vier Bereichen beschäftigt:

Pflegeberufe, 90% Frauen

Hotel und Gastronomie, 90% Frauen

Landwirtschaft

Baubranche, fast ausschließlich Männer.

Um der Gruppe der FremdarbeiterInnen mit ihren speziellen Problemen gezielt helfen zu können, gäbe es seit einiger Zeit eine eigene Gewerkschaftsabteilung. Seit zwei Jahren habe man vor allem in Tel Aviv, wo rund 50.000 FremdarbeiterInnen wohnen und arbeiten, die Bemühungen verstärkt. Landesweite Strukturen befänden sich noch im Aufbau.



Neben der Beratung von Einzelfällen solle auch durch eine verstärkte Medienarbeit auf die Lebens- und Arbeitssituation der FremdarbeiterInnen aufmerksam gemacht werden. 60% der rund 200.000 hätten keinen legalen Aufenthaltsstatus. Sie seien teilweise legal mit einem Touristenvisum gekommen und als ArbeitnehmerIn geblieben oder hätten für einen bestimmten Arbeitgeber eine Arbeitserlaubnis erhalten, diesen legalen Aufenthaltsstatus aber nach einem Arbeitsplatzwechsel verloren. Teilweise seien sie auch über die ägyptische Grenze ins Land gebracht worden und müssten dann rund ein Jahr arbeiten, um das Geld an die Schlepper abbezahlen zu können. Lange Jahre habe der Staat die Existenz dieser Menschen ignoriert und kaum gesetzliche Regelungen verabschiedet. Seit einiger Zeit setze man stark auf Repression, so versuche die Migrationspolizei derzeit massiv, diese Menschen aufzuspüren und „zu vertreiben“, so der offizielle Ausdruck, d. h. abzuschicken. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der hohen Arbeitslosenquote dringe vor allem das Finanzministerium darauf, den Verfolgungsdruck zu erhöhen, ungeachtet der Tatsache, dass diese Menschen auch ein Wirtschaftsfaktor als KonsumentInnen, MieterInnen, etc seien, wie Gershon betonte. Die Histadrut würde alle Werkstätigen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Mitgliedschaft beraten.

Neben den rund 1.000 Anfragen, die jedes Jahr bei der Histadrut von FremdarbeiterInnen eingegangen seien, versuche man auch, direkt Kontakt zu ihnen aufzunehmen, indem beispielsweise Anzeigen in einschlägigen Zeitschriften der Migrantencommunities geschaltet würden. Dennoch sei der Organisationsgrad mit rund 2% sehr gering. Gershon erklärte dies mit der großen Unsicherheit vieler FremdarbeiterInnen gegenüber der Histadrut, die sie als Teil der staatlichen Organe sähen. Unabhängig davon dürfte dies aber nicht zuletzt auch daran liegen, dass FremdarbeiterInnen kein Mitglied in der Histadrut werden, sondern nur eine Mitgliedschaft in einer Einzelgewerkschaft erwerben

können. Auch eine aktive Mitarbeit von FremdarbeiterInnen spielt im Konzept der Histadrut bisher keine Rolle

In einem zweiten Teil berichtete Herzal Chagai, zuständig für die Betreuung der FremdarbeiterInnen bei der Histadrut, über seine Arbeit. Herzal war zuvor selbst für die Vertreibung von FremdarbeiterInnen zuständig, bis er „die Seiten wechselte“ und bei der Histadrut anfang. Sein Hauptvorwurf an die Migrationspolizei ist, dass nicht die ArbeitgeberInnen bestraft würden, sondern die ausländischen ArbeitnehmerInnen. Zwei gesetzliche Beschlüsse wurden jedoch durchgesetzt, die die Situation der ausländischen ArbeitnehmerInnen verbessern:

Wenn Illegalisierte Opfer eines Verbrechens werden, so können sie sich an die Polizei wenden, ohne Angst vor einer Abschiebung haben zu müssen.

Wer Illegalisierten den Pass wegnehme, wie es unter ArbeitgeberInnen übliche Praxis gewesen sei, müsse mit einer Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis rechnen.

Alle ArbeitnehmerInnen hätten ein Anrecht auf ihren Lohn, so dass die Gewerkschaft vor Gericht auch Illegalisierte vertreten könnte. Teilweise befänden sich diese schon in Abschiebehaf und der erstrittene Lohn müsste ihnen zum Flughafen gebracht oder in das Herkunftsland nachgesendet werden.

Unterschiedliche Angaben gab es darüber, wie viel Prozent der FremdarbeiterInnen beabsichtigen, dauerhaft in Israel zu bleiben. Die Zahlen schwankten zwischen 10 und 35%. Tatsache bleibt, dass die israelische Gesellschaft auf diese Situation noch unzureichend vorbereitet zu sein scheint.

Frank



Vorbereitungstreffen des Gegenbesuchs in der Zentrale der Hano'ar Ha'oved



Um den Gegenbesuch der israelischen Delegation in Deutschland für 2005 vorzubereiten, trafen sich in der Zentrale der hhv an der Kibbutz Galuyot Street in Tel Aviv die deutsche Delegation, der Vorsitzende und weitere Mitglieder der hhv sowie Mitglieder der Histadrut aus Beit Berl, Tel Aviv, Ashdod und Ashkelon.

Zunächst stellte der Vorsitzende der hhv Shimon Kenan die internationale Arbeit der hhv, die selbständig, aber auch teilweise gemeinsam mit der Histadrut zusammen gemacht wird, vor. So gibt es Beziehungen u.a. zu Österreich, Schweiz, Frankreich und Deutschland, die Mitgliedschaft bei den Internationalen Falken und den Austausch mit der AWO in Hessen.

Die internationalen Fahrten der hhv sind nicht touristisch, sondern stark arbeits-, lern- und verständigungsorientiert. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt sehr streng.

Der angestrebte Austausch zwischen Ashdod / Ashkelon und Thüringen/Hessen bietet Chancen für multikulturelle und Friedensaktivitäten, den Abbau von gegenseitigen Vorurteilen und den Vergleich unterschiedlicher politischer, sozialer und kultureller Lebenswelten.

Die anschließende Aufteilung in drei Arbeitsgruppen brachte folgende Ergebnisse:

Überlegungen zur israelischen Gegenbesuchsgruppe:

- Zwei Delegationen (hhv und Histadrut) wurden auch wegen der Kosten abgelehnt.
- Die Gegenbesuchsgruppe soll ca. 16 Personen umfassen (geschlechtsparitätisch).
- hhv und Histadrut stellen jeweils 8 TeilnehmerInnen.
- Der Altersrahmen soll mit Ausnahmen möglichst zwischen 20 und 35 liegen,

auch wegen möglicher Förderung. Dies wurde sehr heftig diskutiert: eher gute Erfahrungen der deutschen Gruppe mit großen Altersunterschieden.

- Die Teilnehmer sollen überwiegend aus den Partnerbezirken kommen.

Inhaltliche Programmideen:

- Kinder- und Jugendprojekte, JugendleiterInnen
- Erziehung, Bildung für junge Leute
- Ausbildung, Berufsschule, Arbeitsplatz
- Gewerkschaftsjugend in Deutschland
- Gewerkschaftsarbeit (west und ost), Betriebsrat
- jüdisches Leben gestern und heute
- Soziales, Wirtschaft, Alltagskulturkunde
- Demokratie, Totalitarismus, ostdeutsche Geschichte
- Geschichte (NS) speziell für Kinder

Umsetzung:

- mögliche Länge des Austausches ca. zwei Wochen
- Besuch von passenden Orten in Erfurt und Berlin, auch Frankfurt und Weimar
- Begleitung durch deutsche TeilnehmerInnen und Interessierte
- mögliche zeitweilige Aufteilung in inhaltliche Kleingruppen: dann Probleme mit Transport und Übersetzung
- mögliche Kurzpraktika z. B. im Betrieb, Berufsschule etc.

Kontakte, Kommunikation:

- Erstellung einer Email-Liste mit regelmäßigem newsletter, alle 2 Monate
- Einrichtung einer Homepage mit Chatroom

Um die weitere Ausarbeitung des Gegenbesuches wollen sich Vorbereitungsgruppen in Deutschland und Israel kümmern.

Pierre



Friedrich-Ebert-Stiftung



Kurz vor dem Ende unserer Reise verschafften uns Hermann Buenz und Micky Drill, die beiden Repräsentanten der FES in Tel Aviv, einen Überblick über zwei ihrer Arbeitsfelder: Frauen in der israelischen Gesellschaft und Friedenspolitik.

Wie in den meisten Gesellschaften, sei auch in Israel die Rolle der Frau gekennzeichnet durch eine konsequente Schlechterstellung und Mehrfachbelastung gegenüber der Rolle des Mannes. Symptomatisch stehe dafür der geringere Verdienst der weiblichen Bevölkerungsteile im Gegensatz zu dem ihrer männlichen Kollegen. Gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit sei nicht einmal einklagbar. Erwerbstätige Mütter müssten nahezu ihren gesamten Lohn für die Bezahlung des Kindergartenplatzes aufwenden. Ab dem fünften Lebensjahr stelle der Staat kostenfreie Pflichtkindergartenplätze zu Verfügung. Um kompensatorisch tätig zu werden, baue die Frauenbewegung der Histadrut Na'amata im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten einige wenige eigene Einrichtungen auf.

Die Organisation der Frauen finde vor allem außerhalb der parteilichen Strukturen statt. Es würden zahlreiche Zusammenschlüsse bestehen, welche einmal jährlich im Frauenparlament zusammentreten, ihre Arbeit koordinieren und aktuelle Probleme in Wirtschaft, Politik und Kultur diskutieren würden. Man richte Ausschüsse ein, stelle Forderungen auf und beschlösse öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Trotz solcher Koordinationsbestrebungen sei der Einfluss dieser NGOs auf das Parlament gering. Ihr fehle eine starke Lobby, welche ihre Interessen nachdrücklich vertritt.

Hier versuche die FES unterstützend tätig zu werden und diesen Frauen ein Forum zu bieten. Einer ihrer Hauptansprüche liege im Bereich der Bildungsarbeit. Sie versuche insbesondere in der arabisch-israelischen Bevölkerung klassische Rollenklischees aufzubrechen und die Frauen aus ihrer Position als „Verwalterin des Haushaltes“ herauszuholen, indem sie zahlreiche Bildungsangebote offeriere.

Die Tatsache, dass der Staat stark von der Religion geprägt sei, habe einen sehr großen Einfluss auf die Situation der Frauen. Beispielsweise könnten sich beim Rabbinatsgericht nur Männer von ihren Frauen scheiden lassen, jedoch nicht umgekehrt. Dazu würden sie die Einwilligung ihres Gatten benötigen. Wenn diese nicht zustimmen, sei keine Scheidung möglich.

Es gebe jedoch eine Unterhaltspflicht und die Sozialnationalversicherung unterstütze alleinerziehende Mütter, wenn die Alimente zu gering ausfallen.

Auf Nachfrage erläuterte uns Hermann Buenz die Unterschiede zwischen säkularen und religiösen jüdischen Frauen in Israel. Während von ultraorthodoxen Frauen erwartet werde, dass sie mit 18 Jahren heiraten und Kinder bekommen, stünden säkularen Frauen weiterführende Bildungsmöglichkeiten offen. National-religiöse Frauen seien besonders in pädagogischen Bereichen erwerbstätig. Ob religiös oder säkular, es bestehe in Israel ein hoher sozialer Druck zu heiraten, der mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden sei.

Ein großes Tabuthema sei Gewalt gegenüber Frauen. Israel sei das Land mit der höchsten Frauenmordrate durch ihre Ehemänner weltweit. Die Psychatrien

seien überfüllt und es bestehe ein besonders hoher Anteil weiblicher Insassen. Es gebe viele Sexualverbrechen. Diese Situation entsteht jedoch nicht, weil Israel eine besonders frauenfeindliche Bevölkerung hat, sondern sie sind symptomatische Reaktionen, entstanden aus dem hohen psychischen Druck, welchem die Bevölkerung ständig ausgesetzt ist. Die vielen Traumata und die starke Militarisierung bleiben nicht ohne Folgen für Gewaltverhältnisse und den Umgang mit Stresssituationen in den Familien und anderen sozialen Situationen. Derzeit gebe es eine gesellschaftliche Kontroverse darüber, ob Medikamente zur Minderung sexueller Triebe an Männer verabreicht werden sollen.

Für Frauen, welche zu Opfern geworden sind, bestehe die Möglichkeit sich in die wenigen Frauenhäuser zurückzuziehen, die von den Frauenorganisationen gegründet wurden. Dort könnten sie unterkommen und fänden Beratungsstellen zu den unterschiedlichsten Bereichen. Desweiteren existierten Notteléfonoen. Die Häuser würden z.T. staatlich, privat oder von NGOs finanziert. Durch die schlechte wirtschaftliche Situation hätten in den letzten Jahren einige der Häuser schließen müssen.

„Internationale Zusammenarbeit ist viel wichtiger, als sie allein den Regierungen zu überlassen.“ (Willy Brand)

Die Tätigkeit der FES im Bereich der Friedenspolitik steht zum einen in der Tradition des obigen Diktums von Willy Brand, zum zweiten unter der Prämisse einer Befürwortung der Entspannung des Nah-



ostkonflikts durch die Errichtung eines demokratischen, palästinensischen Staates neben Israel.

Von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderte Maßnahmen zwischen Organisationen aus Israel und den palästinensischen Gebieten setzten auf einer Ebene unterhalb der Regierungsverantwortung an und versuchten damit, zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken.

Doch bereits hierin sei seit dem Ausbruch der zweiten Intifada einer der Hauptproblempunkte zu finden, sei doch seither die Lage gekennzeichnet durch ein Wegbrechen insbesondere palästinensischer Partnerorganisationen und des erschwerten Aufbaus zu neuen Kontakten. Es böten sich folglich kaum Ansatzpunkte und dementsprechend nur noch partiell Handlungsmöglichkeiten.

Hermann und Micky verdeutlichten das Dilemma anhand eines viel versprechenden Projektes, der „Kooperation Nord“.

Das Ziel dieses am 15. Februar unterzeichneten Abkommens sei gewesen, eine langfristige, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Jenin auf der einen, und Haifa/Bet She ´an/Gilboa auf der anderen Seite aufzubauen.

Neben den 3 israelischen Gemeinden und der FES sei die Initiative insbesondere von der ECF (Economic Council Foundation) auf israelischer Seite und dem Gouverneur des Bezirkes Jenin, Zuhair Al Manassreh, ausgegangen. Die Friedrich Ebert Stiftung sähe sich, durch ihre Unterhaltung eines Büros in Tel Aviv und in Ost-Jerusalem, selbst in der Rolle einer Vermittlerin, einer „neutralen Plattform“.

Das Projekt solle insbesondere die grenzüberschreitende Infrastruktur auf-

und ausbauen, so z.B. bei der Wasser-/Abwasserwirtschaft und der Elektrizitätsversorgung bis hin zu gemeinsamen Vorhaben im Bereich der Erziehung, des Tourismus oder des Sozialwesens.

Als Vorbild diene die Etablierung guter Beziehungen und einer festen Partnerschaft in der Oberrheinregion, zwischen Frankreich, der Schweiz und Deutschland. Hier käme es auch zum häufigeren Austausch von Expertenkommissionen beider Seiten.

Bedeutendstes sichtbares Zeichen des gemeinsamen Schaffens sei ein im Februar 2000 von Bundespräsident Rau eingeweihter Industriepark gewesen, welcher allerdings inzwischen auch der Gewalt im Zuge der Al-Aqsa-Intifada zu Opfer gefallen sei.

Die erhofften Synergieeffekte auf die technische und wirtschaftliche Entwicklung in den Gebieten der Palästinensischen Autonomiebehörde hätten damit auch einen Rückschlag erlitten. Inwieweit trotz des Wegfalls der palästinensischen Partner das Projekt eine Zukunft hat, bleibe abzuwarten. Jedoch sei wohl keine der verbliebenen Parteien bereit, die „Kooperation Nord“ komplett aufzugeben.

Neben solchen konkreten Arbeitsfeldern, versuche die FES ihre Erfahrungen aus anderen Konflikten aufzuarbeiten und auf die Probleme im Nahen Osten zu übertragen. So gäbe es in Zusammenarbeit mit dem Herzl-Zentrum der Ben Gurion Universität verschiedene Reisen in das Kosovo, um dort die Lage und die Situation in der Balkanregion näher zu analysieren, um Lösungsstrategien zu erstellen und diese regional anzuwenden.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich setzt

wiederum auf einer diskursiven Ebene an. Sowohl innerhalb der FES als auch darüber hinaus werden Diskussionen über die Friedenspolitik geführt. Beispielhaft sei dafür der „Parents-Circle“, der es sich zum Auftrag gemacht habe, die Kommunikation zwischen israelischen und palästinensischen Eltern zu fördern, die ihre Kinder in dem Konflikt verloren haben.

Unterstützt werde von der Friedrich Ebert Stiftung auch ein Programm der Israelischen Armee, das versuche, Soldaten an Checkpoints psychologisch zu betreuen und ihnen beim Umgang mit eigenen Erfahrungen und Stresssituationen helfen soll.

In Bezug auf die aktuelle Situation und auf innerisraelische Umbrüche setze ein Teil der Menschen auf die Hoffnung des Wiedererstarkens von „Shalom Achshaw“ (peace now) und auf die Gründung einer neuen Linkspartei (Yachad).

Kontrovers blieb in der Diskussion, ob der von der FES vertretene Anspruch einer möglichst breit gefassten Dialogbereitschaft als positiv zu bewerten ist. Hintergrund war eine von dem Beirut Büro der FES mitorganisierte Konferenz, bei der u.a. auch Personen und Gruppen aus dem Umfeld der Hisbullah über die Zusammenarbeit zwischen arabischen Organisationen und Europa diskutierten. Allerdings räumten Micky und Hermann ein, dass sie in ihrer Arbeit die Dialogbereitschaft auf „friedensbereite“ Gruppen beschränken.

Andreas und Caro

Massada, Totes Meer und Abschiedsfeier



Am 10. Tag unserer Israelreise standen der geschichtsträchtige Felsklotz Massada und Baden im Toten Meer auf dem Programm.

Nach ca. zweistündiger Fahrt von Tel Aviv in südöstliche Richtung durch eine frühlingsgrüne Steppe mit Beduinendorf rechts, Beduine mit Kamel links, Rastplatzstopp hinten und die künstlich errichtete Stadt Arad voraus erreichten wir die Wüstenbergkette, die das Flachland vom tiefergelegten Toten Meer trennt.

Ohne einen ausgedehnten Touristenstopp an einer Kamelranch auszulassen sahen wir nach weiteren zwanzig Kilometern schon von weitem die Abbruchkante der Berge zum Toten Meer und davon hervorragend den Festungsfelsklotz Massada, wo sich im Jahre 70 nach unserer Zeitrechnung 960 jüdischgläubige Zeloten gegen eine Übermacht von Römern verschanzten, die die damaligen landesweiten Aufstände der Juden blutig und mit deren Vertreibung beendeten. Gut zu erkennen auch die Rampe, die die Römer nach dreijähriger Belagerung bauten und damit das Ende der Festung einleiteten.

Am Fuße des Felsens waren neben einer Freilichtbühne einige Gegenstände (Schleuder- und Riesenrollwagen) aus Historienfilmschinken aufgebaut und bei über dreißig Grad im Schatten stiegen wir entlang der Rampe zur Festung hoch. Oben angelangt war der Blick super, gran-



dios, umwerfend: um uns herum Reste der Festung, hinter uns die Bergwüste mit der Abbruchkante, zu beiden Seiten das Tote Meer im schönsten blau, voraus (leider im Dunst) die Berge Jordaniens und mehrere hundert Meter unter uns die durch Steine markierten sieben Römerlager und den nach oben führenden Schlangenpfad (wenn wir uns die Seilbahn und den Touristenbunker mal wegdenken).

Der jüdische König Herodes hatte um den Beginn unserer Zeitrechnung die Festung aus strategischen Gründen, aus angst



vor Aufständen und aus gesundheitlichen Gründen bauen und reichlich mit Proviant (Nahrungsmittel und Wein!) ausstatten lassen, was den Zeloten zum langen Ausharren gegen die Römer verhalf. Durch die Rampe dem Ende nah, brachten sich die Besatzer selber um, um nicht den Römern in die Hände zu fallen. Aufgrund dieses hochgehaltenen Mythos werden auch heute noch Spezialeinheiten der israelischen Armee mit dem Spruch: Massada darf nie mehr fallen! vereidigt. Ein großer Teil der Besucher bestand an dem Tag auch aus Armeeingehörigen.

Wir fuhren mit der Seilbahn nach un-

ten und dann mit unserem Bus zu einem öffentlichen (vielfach sind Strände privat und Hotelbesitz und damit gesperrt) Badeplatz am Toten Meer. Durch die starke Wasserentnahme aus dem Hauptzufluss Jordan ist der Wasserspiegel um mehrere Meter gefallen, was durch die zurückgewichenen Ufer deutlich zu sehen ist. Dort luden uns unsere israelischen Begleiter zum Essen ein und anschließend gingen zum baden und das bei über dreißig Grad und Wasser hat doch Balken, zumindest hier. Untergehen ging nicht aufgrund des hohen Salzgehaltes im Wasser, aber das brannte auch wie Feuer in Augen, Schleimhäuten und Wunden. Die stinkende Fangpackung aus Uferschlamm für samtweiche Haut durfte natürlich auch nicht fehlen und am frühen Abend fuhren wir leicht müde aufgrund der vielen Eindrücke, aber gut gelaunt nach Tel Aviv zurück.

Die abendliche Abschiedsfeier war dann leider nicht der Renner. David fehlte aufgrund eines plötzlichen Todesfalls und die Stimmung war auch sonst wegen der bevorstehenden Abreise leicht gedrückt. Von unseren israelischen Begleitern konnten nur einige dabei sein und der nüchterne Hotelsaal besorgte den Rest. Gegen Mitternacht war Ende oder Strandgang oder Packen für die Frühheimkehrer angesagt.

Pierre, Dagmar und Uli



Zur Sicherheitslage – ein subjektiver Bericht

Inzwischen ist es über zwei Wochen her, dass der Großteil von uns aus Israel zurück nach Deutschland gekommen ist. Und obwohl die Zeit eigentlich reichen müsste, um über mein subjektives Sicherheitsgefühl zu reflektieren, fühle ich mich doch innerlich in einem Zwiespalt.

Eigentlich hatte ich vor, nach jedem Tag ein kurzes Statement über unsere Erlebnisse und Erfahrungen abzufassen. Irgendwie bin ich nie wirklich dazu gekommen. Die Impressionen waren zu frisch, ich wusste nicht, wie ich die Bilder von herumschleudernden, bewaffneten Soldaten einordnen sollte. Allerdings ist es trotz des zeitlichen Abstandes inzwischen nicht sehr viel einfacher geworden. Zu viele Sachen sind passiert, die wieder neue Fragen aufwerfen und eine Beurteilung der Sicherheitslage in Israel erschweren.

Also versuche ich am einfachsten meine Erlebnisse chronologisch aufzuarbeiten.

Start der Reise war Frankfurt/Main. Neben einigen BGS-Beamten mit Maschinenpistolen, die wohl eher auch zum normalen Umfeld des Flughafens gehören und nicht speziell über Passagiere für Flüge nach Israel wachen, fiel beim Start auf, dass das Flugzeug auf der Startbahn von einem BGS-Fahrzeug eskortiert wurde. Willkommen auf dem Weg nach Israel ...

Am Flughafen Tel Aviv war die Situation eher entspannt, was allerdings auch einfach an unserer späten Landung und dem entsprechend geringen Publikumsverkehr liegen könnte. Auch auf dem Weg zum Institut der Histadrut in Beit Berl war nichts von der prekären Sicherheitslage zu erkennen, die in den deutschen Medien das Bild von Israel dominiert.

Am nächsten Tag schlenderten wir über den Campus der in Beit Berl ansässigen Hochschule. Auf dem Weg in das Bibliotheksgebäude, von dessen Dach wir einen Blick in das Umland warfen und uns die Umgebung erklären ließen, fielen mir zum ersten Mal die Sicherheitsleute im Foyer der Bibliothek auf. Da allerdings hier vor allem Taschen kontrolliert wurden, könnte das auch ganz einfach mit der Angst vor dem Verschwinden der Bücher zusammenhängen.

Überhaupt Sicherheitsleute: Sie waren dann doch einer der konstanten Faktoren auf unserer Reise. Viele Institutionen, Betriebe, Schulen, die wir besuchten, al-

le Supermärkte, in denen wir einkauften und einige der Restaurants, in denen wir gemütlich unsere Zeit verbrachten, hatten ihre/n private/n Wachmann/-frau, der/die einen Blick in die Taschen der BesucherIn/KundIn warf und ab und zu einen kurzen Check mit dem Metalldetektor durchführte. Für die Israelis war das ganze allerdings inzwischen augenscheinlich zur alltäglichen Routine geworden und niemand empfand das (nach meinen Beobachtungen) als arge Belästigung. Und während ich das erste Mal noch ein wenig unbeholfen das Personal anschaute, was es denn nun wollte, so wurde die ganze Prozedur mit der Zeit zur Gewohnheit und störte nicht wirklich. „Ist halt Israel. Und da hat Sicherheit einen ganz anderen Stellenwert und eine andere Berechtigung als in Deutschland“, waren meine Gedanken. Doch ist dies auch für eine in permanenter Angst lebender Gesellschaft ein hoher Preis, dass Persönlichkeitsrechte zunächst immer hinter dem Sicherheitsaspekt zurückstehen müssen. So sind insbesondere arabische Israelis inzwischen zu einem Teil der Bevölkerung geworden, der unter einem gewissen Generalverdacht steht und häufiger das Ziel von Personenkontrollen wird.

Neben den privaten Wachleuten waren es die im Straßenbild des öfteren auftauchenden bewaffneten SoldatInnen, die Anlass gaben, sich der Gefahrensituation bewusst zu werden. Allerdings passte ihre Erscheinung (mit automatischen Gewehren und mehreren Magazinen ausgerüstet) für mich so überhaupt nicht zu ihrem Auftreten. Meistens schlenderten sie zu zweit durch die Straßen und unterhielten sich. Vielleicht war in meinem Kopf zu sehr das Bild des allzeit auf einen Angriff bereiten, grimmig dreinschauenden und jede/n kritisch musternden „Universal Soldier“ präsent. Auch wenn ich davon ausgehe, dass sie sich tatsächlich die ganze Zeit über bewusst waren, es könnte zu einem Ernstfall kommen, so hat mich ihre Gelassenheit doch selbst überrascht. Durch die SoldatInnen selbst kam bei mir auch nie das Gefühl auf, dass sie evtl. ihre Waffe nicht im Griff haben, bzw. sich aus Versehen eine Kugel lösen könnte. Dass Israel ein Land ist, wo ein sehr großer Teil irgendwann einmal mit Waffen zu tun hat, fiel mir insbesondere in Yad Vashem auf, wo eine Gruppe von bewaffneten Solda-

tinnen sich im Schulungszentrum aufhielt. Allerdings nicht als „Sicherheitstruppe“, sondern als normale Gäste auf Gruppenausflug. Der einzige Moment, wo ich in Bezug auf Armee-Angehörige ein „mulmiges Gefühl“ hatte, war auf dem Weg zurück zum Flughafen am Tag unserer Abreise, als ein Soldat mit Finger am Abzug durch den Bus ging und nachschaute, ob sich nicht jemand versteckt hält.

Ich muss allerdings eingestehen, dass ich in Deutschland auf ähnlich omnipräsente Securityleute oder bewaffnete Soldaten viel ablehnender reagiert hätte.

Aber wie, wenn nicht auf dem Wege der Prävention, soll das Gefühl von Sicherheit in einem Land aufrechterhalten werden, welches sich potentiell Gegnern gegenüber sieht, die ihre vorrangigen Opfer in Diskotheken und Cafés zu finden hoffen?

Womit wir bereits beim Ende meiner Israel-Sicht der Sicherheitslage angelangt sind. Nachdem wir letztlich am Flughafen angekommen waren und uns auf den Weg zum Check-In begaben, erwartete ich eigentlich viele ausführliche Gespräche über den Verlauf unserer Reise, sowie strenge Personen- und Gepäckkontrollen.

Und wieder war die Situation anders als gedacht. Der Bereich bis zu den Gepäckkontrollen und den entsprechenden Menschenschlangen davor war faktisch nicht gesichert.

Die Gespräche bezüglich unseres Aufenthaltes waren, günstigerweise für uns, aufgrund unseres Gruppenstatus relativ kurz und auf zwei Personen beschränkt. Nachdem wir vor der Gepäckkontrolle lange warten mussten, standen wir auf einmal unter argem Zeitdruck. Und darunter litt die Personenkontrolle auf dem Weg zum Flugzeug. In diesem Fall schien ein leidliches Einhalten des Flugplanes wichtiger gewesen zu sein als eine gründliche Untersuchung der Reisenden.

Zu mutmaßen, woran das lag, ist mühselig. Fakt ist: Es war der 11. März 2004.

Ob nicht gerade die an diesem Tag geschehenen Anschläge von Madrid doch eher für ausführlichere Kontrollen gesprochen hätten, obliegt nicht mir zu beurteilen.

Und genau mit diesen Anschlägen an jenem 11.3.2004 und unserer Rückkehr ändert sich auch ein Teil meiner Sicht auf die Dinge.

In Israel waren wir aufgrund unseres enggestrickten Zeitplanes nur leidlich informiert über die Nachrichtenlage. Wir bekamen zwar etwas von kleineren Zwischenfällen an einem Grenzübergang zu Gaza mit, allerdings ohne nähere Informationen. Die Informationslage änderte sich aber für mich rapide, als ich begann, in den Tagen nach der Rückkehr meine angehäuften Mails abzuarbeiten. Und das hieß unter anderem, die Newsletter der israelischen Botschaft auf interessante Artikel durchzuschauen. Und da bekam ich bei manchen Meldungen ein gewisses Gefühl der Beklemmung. So war zum Beispiel am zweiten Tag unserer Anwesenheit ein Anschlag im Busbahnhof von Tel Aviv vereitelt worden (Newsletter vom 3.3.2004).

Den drastischen Einschnitt bildet jedoch der 14. März. An jenem Tag verübten zwei Selbstmordattentäter der Hamas und Fatah einen Anschlag auf den Hafen von Ashdod.

Ashdod ... Es ist schwer zu sagen, was in meinem Kopf vorging, als ich diese Nachricht las. 9 Tage vorher waren wir dort. In Ashdod. Unserer Partnerregion. Wir waren an der Security vorbeigegangen und hatten uns die Berufsschule angesehen, mit dem Bezirksvorsitzenden geredet. Wir hatten auch an den darauffolgenden Tagen immer wieder mit Kollegen von dort zu tun. Und auf einmal wusste keiner von uns genau, ob nicht evtl. einer dieser Leute eines der Opfer war. Auch wenn letztendlich niemand von unseren „Bekanntem“ direkt Schaden genommen hat, so war für mich auf einmal die Situation anders. Während ich mit Kopfschütteln und einer gewissen Wut auf vorherige Attentate reagiert hatte, war auf einmal mehr oder minder ein Gefühl der „Betroffenheit“ vorhanden. Es wurde von einem politischen Akt, der weit weg geschah, zu einer Sache, die zwar von der Anzahl der Kilometer gemessen wieder entfernt war, aber, so pathetisch das klingen mag, doch in die Nähe des Herzens, des Persönlichen gerückt war.

Während der kompletten Israelreise habe ich nicht einmal so einen Einbruch meines subjektiven Sicherheitsgefühls erlebt, wie in Deutschland, als ich von den Anschlägen erfuhr.

Was war mit den Leuten aus unserer Gruppe, die länger geblieben waren, um noch Urlaub zu machen? Die sind in Jerusalem? Gut! Da ist es ja hoffentlich sicher. Oder etwa nicht? Laut Newsletter der

israelischen Botschaft vom 17. März sind in zwei Wochen fünf Anschläge in Jerusalem vereitelt wurden. Fünf! Darunter fällt auch die Zeit, in der wir in Israel waren.

Auch wenn sie des öfteren präsent waren, so ist mir doch erst im nachhinein klargeworden, dass die Soldaten nicht bloß repräsentative, einschüchternde und prophylaktische Funktionen erfüllen, sondern halt doch immer damit rechnen müssen, direkt angegriffen zu werden, bzw. in Situationen zu kommen, in denen sie doch von ihrer Waffe Gebrauch machen müssen und auch persönlich gefährdet sind. Auch in ihrer körperlichen Unversehrtheit und in ihrem Leben.

Was nun noch fehlt ist ein Schlusswort. Und mir fällt keins ein...

Ob ich im nachhinein wieder nach Israel fahren würde? Sicher!

Ob ich es mit einem mulmigen Gefühl im Bauch machen werde? Wohl auch.

Also kaum anders als vorher.

Auch wenn retrospektiv die Anschläge einen weiten Teil meiner Wahrnehmung der Sicherheitslage ausmachen, wäre es meines Erachtens falsch, deswegen in Angst zu erstarren.

6 Millionen Israelis leben jeden Tag ihr ganz normales Leben. Tagein, tagaus. Wohl auch mit dem Bewusstsein, dass es keinen 100%igen Schutz vor Anschlägen geben kann.

Und auch wenn Israels Sicherheitsbedürfnis aufgrund des wachsenden Antisemitismus besonders zu berücksichtigen und zu unterstützen ist, so muss wohl gesagt werden, dass es diese Sicherheit nirgendwo gibt. Nirgendwo geben kann.

Nicht in Tel Aviv, nicht in Jerusalem, nicht in Djerba, nicht in New York, nicht in Madrid....

Andreas

Attentäter töten Israelis

Zwei Anschläge in Ashdod

TEL AVIV · 14. MÄRZ · DPA/AP · Bei einem doppelten Selbstmordanschlag im Hafen der israelischen Küstenstadt Ashdod sind am Sonntag mindestens zehn Menschen getötet worden. Etwa 20 weitere Menschen wurden verletzt, einige von ihnen lebensgefährlich, berichteten israelische Medien. Zu den Attentaten bekannte sich die militanten Al-Aksa-Brigaden. Die Anschläge seien mit der radikal-islamischen Hamas ausgeführt worden, hieß es in einer Erklärung.

Den Angaben zufolge gelang es einem der palästinensischen Attentäter, auf das Hafengelände vorzudringen und dort seinen Sprengsatz zu zünden. Der zweite Angreifer sei am Eingang angehalten worden, habe dort aber die Bombe zur Explosion bringen können.

Nach den Explosionen brach ein Feuer aus. Zunächst war von einem Arbeitsunfall in dem Hafen die Rede gewesen. Bei versuchten Anschlägen von Mitgliedern der radikal-islamischen Hamas-Bewegung waren am Wochenende im Gazastreifen fünf Palästinenser getötet worden.

Verein für Arbeitnehmerbildung DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.



DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. · Warsbergstraße 1 · 99092 Erfurt

Histadrut Ashdod
Shlomo Elkavetz

Fax 00972 8 8531401

Warsbergstraße 1
99092 Erfurt

Telefon: ++49-361-21727-0
Telefax: ++49-361-21727-27

e-mail: bwt@dgb-bwt.de
Internet: www.dgb-bwt.de

Durchwahl Telefon: 21727-11
e-mail: julika.buergin@dgb-bwt.de

16.03.04 13:37

Message of sympathy

Dear Shlomo,
dear colleagues and friends!

We are shocked about the bombing attac in Ashdod. In the name of all participants of the exchange from March 1st to 11th I want to send you our deep feeling of sympathy.

We very much appreciated to meet you and the colleagues from the harbour just some days ago. The murder is terrifying.

We wish you all our best.

Sincerely,


Julika Bürgin



Brownies

100 Gramm (Zart-)bittere Schokolade
150 Gramm Butter
1 ½ Glas Zucker
3 Eier
1 Ampulle Vanillearoma
1 Glas Mehl
½ Glas kleingehakte Walnüsse (nicht zu klein) – muß nicht

Herd auf schwach-mittlerer Hitze vorheizen (160 – 170 Grad)
ca. 26 cm Durchmesser – Form – kann quadratisch sein mit Backpapier belegen.

Schoki und Butter in schwacher Hitze im Großen Topf einschmelzen lassen, gut rühren, sodaß keine Klümpchen entstehen.

vom Herd entfernen, Zucker reinmischen gut verrühren. Eier hintereinander hinzufügen, gut verrühren. Vanille hinzufügen. Mehl hinzufügen und als letztes die Walnüsse.

30 bis 35 Minuten backen .

**biite beim Servieren auspassen, daß die anwesenden
Personen nicht bissig werden !!!
und am Besten gleich doppelte Portion backen**

Küsschen, Ruthy

